

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.  
 Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.  
 Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.  
 Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipsr(Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands  
 „Grundstein zur Einheit.“

Gerausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staingl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld; bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Einzelne die dreigekaltene Beitzzeit über deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Das Lehrlingsunwesen im Handwerk. Früher und jetzt. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Unbequeme Gäste und staatsmännische Weisheit. — Gewerblichkeitsliche Angelegenheiten. Die Maueerbewegung in Dänemark. Meber Arbeiterretariate. — Situationsberichte. — Literarisches. — Briefkasten.

## Bekanntmachung.

### Erster Verbandstag

Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen im Monat August 1892.

Tag und Ort sowie Wahlkreiseinteilung werden in einer der nächsten Nummern dieses Blattes bekannt gegeben.

Anträge auf Statutenänderungen seitens der Zahlstellen sind bis zum 20. Juni an den Vorstand einzusenden. Dieselben müssen vom Bevollmächtigten und zwei Mitgliedern der Verwaltung unterschrieben sein.

### Vorstand und Ausschuss

Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

### Das Lehrlingsunwesen im Handwerk.

I.

Im Phrasen-Roder der Zünftler, die sich rühmen, für die „Ehre und die Ehreung des Handwerks“ einzustehen, befindet sich oben eine, die lautet: „Nur der Innungsmeister ist berufen und fähig, Lehrlinge auszubilden.“ Und die „Weisheit“ unserer Reichsregender von der grauen und schwarzen Sorte hat gethan, als schenke sie dieser Phrase Glauben und so eine Art Lehrlingsprivileg für die Herren Innungsmeister erreichbar gemacht. In Wirklichkeit freilich handelt sich dabei lediglich um einen Interessenschacher. Die Zünftler verpflichten sich den Konservativen und Ultramontanen, bei öffentlichen Wahlen das Stimmiß zu machen, während jene reaktionären Parteien in der Gesetzgebung nach Möglichkeit den zünftlerischen Präntensionen Rechnung tragen. Viele Zünftler, die noch nicht ganz und gar mit ihrer Mannesehre gebrochen haben, empfinden ob solch eines unwürdigen Verhältnisses Scham und verlangen die Bildung einer selbstständigen, unabhängigen Handwerkerpartei. Der Gedanke ist zwar auch kein glücklicher, denn der selbstständige kleine Handwerker gehört seinem Charakter, seiner ganzen sozialen und wirtschaftlichen Stellung nach auf den Boden der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie. Aber ehrenhafter ist der Gedanke ohne Zweifel, als der, sich um den Preis sehr fragwürdiger Vortheile zum Werkzeuge reaktionärer Parteien gegen die Volksinteressen mißbrauchen zu lassen. Daß die Zünftler das thun, gerade das zieht ihnen in

so hohem Maße die Antipathie des Volkes und verdienten Herben Spott zu.

Doch wir wollen nicht abschweifen und hier nur noch hervorheben, daß die konservativen und ultramontanen „Freunde“ des Handwerks speziell auch im Punkte der Lehrlingsfrage den zünftlerischen Fanatismus zu schüren liebten. Dem biederen Meister werden die unerhörtesten Unwahrheiten und schredlichsten Dummheiten aufgebunden. Man erzählt ihm, wie es doch früher im Handwerk mit dem Lehrlingswesen „so ganz anders“ und „viel besser“ bestellt gewesen sei. Der lieben zünftlerischen Eitelkeit sucht man zu schmeicheln mit der Phrase von der „Dreitheilung“ im Handwerk. „Meister, Geselle, Lehrling.“ Diese „Dreitheilung“ hat schon etliche Jahrhunderte gar keinen praktischen Werth mehr; ihre Bedeutung ist gefallen mit dem Falle des ursprünglichen Charakters und Geistes der Zunft. Als die in der alten zünftlerischen Verfassung gelegene Garantie, daß Jeder, der dem Handwerk sich widmet, auch zur Selbstständigkeit gelange, Meister werden könnte, aufhörte, da riß auch die schamloseste Lehrlingsausbeutung durch den Meister ein. Wer die Zunftgeschichte kennt, der weiß, daß der Lehrling in der Regel nichts anderes war, als der Sklave im Hause des ehrjamen Meisters und daß für ihn die Lehre gewöhnlich erst nach beendeter Lehrzeit anfang. Alle Schriftsteller klagen, daß gerade dadurch der schnelle innere Verfall der Zünfte mit herbeigeführt worden ist. Das Dummske, was die Zünftler thun können, ist, sich zur Begründung ihrer das Lehrlingswesen betreffenden Forderungen auf die „gute alte Zeit“ zu berufen. Die Lehre im Handwerk durch den Meister ist noch niemals das gewesen, als was die Zünftler sie darstellen. Stahl, einer der besten Kenner auf dem Gebiete der Geschichte des Handwerks, schildert uns den Lehrling unter der Herrschaft des „ehrjamen Zunftmeisters“ folgendermaßen:

„Ein Sklave des Meisters, der ihn zu Allem, was ihm dienlich dünkte, gebrauchen durfte, zur Feldarbeit wie zur Handarbeit, gleich gültig, ob der Lehrling für seinen Zweck etwas dabei lernen konnte oder nicht, benutzte von der „Meisterin“ zu Küchen- und Hausarbeiten, wie in der Kinderstube, Gegenstand der rohen Späße und der Mißhandlung der Gesellen, war er vielmehr ein Diensthute für Alle in des Meisters Hause, als ein Lehrling, besonders wenn er in der unglücklichen Lage war, kein Lehrgeld bezahlen zu können. Die Frucht seiner Lehrzeit war für ihn dann allerdings meist eine sehr geringe, soweit es sich um erworbene Handfertigkeit im Gewerbe handelte, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sein Charakter sich dabei besonders in der „Kunst des Gehorsams und Ertragens“ sehr entwickelte und daß er den Genuß daraus zog, später diese „Kunst“, das Schimpfen, Prügelei, Quälen und Schinden, an anderen Lehrlingen gleichfalls ausüben zu können. Diese sogenannte „Charakter“-Entwicklung scheint schließlich sogar als vorzüglichster Zweck der Lehrlingeinrichtung angesehen worden zu sein; wer nicht die übliche harte Schule des Lehrlings durchgemacht hätte, den hielt man nicht für fähig, einen „tüchtigen Handwerker“ abzugeben, wogegen er die technische Kenntniß und Fertigkeit zum

größten Theile in den vorgeschriebenen Dienst- und Wanderjahren sich erst nachträglich aneignen mußte.“

Wer mit den Verhältnissen im Handwerk bekannt ist, wird zugeben, daß diese Schilderung zum guten Theil, oft wohl auch ganz und gar, noch jetzt auf das Handwerkslehrlingswesen zutrifft. Gewerbebschuldirektor Lachner-Hannover hat in einem auf der fünften Wanderbesammlung deutscher Gewerbebschulmänner gehaltenen, in der Zeitschrift für gewerblichen Unterricht (VI. Jahrgang, Heft II) abgedruckten Vortrage ausgeführt:

„Der größere Theil der Handwerkslehrlinge kommt vom Lande oder aus den unteren Klassen unserer städtischen Volksschulen und ist meist mit ungenügenden Elementarkenntnissen ausgerüstet. Nur ein kleinerer Theil stammt aus bürgerlichen Familien und tritt mit besserer Schulbildung in die Lehre. Trifft es der Lehrling gut, so führt ihn ein günstiges Geschick in eine kleinere oder mittelgroße Werkstätte, wo er wenigstens in praktischen Arbeiten in der Regel vielseitiger ausgebildet wird, als in größeren Werkbetrieben, in welchen das Prinzip der Arbeitstheilung besteht. Trifft er es schlecht, so dient er während seiner Lehrzeit 10 bis 12 Stunden täglich mit einer Reihe gleichbetroffener Schicksalsgenossen seinem Meister als billige Arbeitskraft, die sofort beseitigt wird, wenn sie etwas zu kosten beginnt.“

Letzteres ist die Regel. Es ist ja die dumme und elendeste Heuchelei, wenn die Zunftfanatiker glauben machen wollen, es komme ihnen bei der sogenannten Lehrlings-„Ausbildung“ darauf an, für eine „Ehreung des Handwerks“ rücksichtlich seiner Leistungsfähigkeit, für einen nachwachsenden Stamm guter Kräfte zu sorgen. Ohne Zweifel, es giebt noch Handwerker, die es dem Lehrling gegenüber an gewissenhafter Unterweisung nicht fehlen lassen. Aber die bilden verhältnißmäßig sehr seltene Ausnahmen. In der Regel hat der Lehrherr bei der Lehrlings-„Ausbildung“ nur seinen Vortheil im Auge. Und das trifft gerade auf die Innungsschwärmer zu, die das Privilegium der Lehrlings-Ausbildung beanspruchen. Sind doch besonders sie es, die sich der gesetzlichen Feststellung der Arbeitszeit für Lehrlinge, wie sie für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter in den Fabriken längst besteht, mit aller Kraft widersetzen. Ebenso die Ertheilung des Fortbildungsschulunterrichts an die Lehrlinge zu einer Zeit, die in die üblichen Arbeitsstunden fällt.

„Lehrmeister“ — in den meisten Fällen eine bittere Ironie! In einem größeren Betriebe ist die Zeit des „Meisters“, als des Eigentümers, durch die Leitung des Ganges, durch geschäftliche Verhandlungen so sehr in Anspruch genommen, daß er in der Ausübung seines Handwerks nicht thätig sein kann. Und doch gilt er als „Lehrmeister“? In Wirklichkeit kann er als solcher garnicht gelten, denn das Handwerk erlernt sich nur, indem man es denen an den Händen absieht, die in der Handhabung des Werkzeuges beständig thätig sind und dabei dem Lehrling nachhelfende Unterweisung geben können. Dies sind aber die Gesellen, die handwerksmäßig eingetübten Arbeiter des be-

stimmten Handwerks. Dem in seinem Betriebe selbst mitarbeitenden kleinen Handwerksmeister fehlt es zur Weiterbildung von Lehrlingen an der nötigen Mühe: je schlechter er gestellt ist, je mehr wird gewöhnlich die Tendenz vermögen, die Lehrlinge auszubilden.

Es ist nicht wahr, daß was ja auch unsere Gewerbeordnung annimmt, der Lehrling von dem Eigentümer der Werkstatt oder der Betriebe, dem „Meister“ ausgebildet wird. Der wirkliche und wahre Lehrer im Handwerk ist immer die Gesamtheit der Gesellen gewesen: sie ist es auch noch heute; gleichwie sie Inhaber und Bewahrer des lebendigen Inhalts des Handwerks ist, so ist sie auch in Wahrheit Lehrmeister des Könnens an den stets neu hinzutretenden jugendlichen Nachwuchs. Der „Meister“ spielt bei der Lehre gar keine Rolle; denn arbeitet der „Meister“ praktisch mit im Handwerk, so betätigt er keine andere Geschicklichkeit als die, welche gleich ihm hunderttausende von Gesellen üben. Es ist die denkbar tollste Väterlichkeit, anzunehmen, daß der, welcher Innungsmeister wird, überhaupt selbstständiger Handwerker, ein technisch besonders befähigter Mensch ist, durch handwerkliche Tüchtigkeit über die Masse der Gesellen hervortritt — und daß er deshalb auch besonders berufen sei, Lehrlinge „auszubilden“. Wahnsinn! Wer Geld hat wird selbstständig, wird „Meister“, und wenn er gleich nur wenig handwerkliche Geschicklichkeit besitzt; wer feins hat, bleibt Geselle und wäre er die tüchtigste Arbeitskraft!

Die Mitwirkung des „Meisters“ im handwerklichen Betriebe an der Lehrlingsausbildung ist im Durchschnitt gleich Null. Wie viel Maurer- und Zimmermeister in Deutschland, zumal in den großen Städten, mag es wohl geben, die mit Keile und Hammer und Art in ihrem Betriebe thätig sind?

Die theoretische Unterweisung des Lehrlings wird zumeist in der Hauptsache von den gewerblichen Schulen erteilt, für die der Meister, wenn es Innungsschulen sind, höchstens seinen Geldbeitrag, aber keine Lehre spendet. Für Fachschulen und gewerbliche Unternehmenseinrichtungen gibt der Staat aus dem Steuerfädel jährlich Hunderttausende aus. Kommt diese Leistung, die leider immer noch sehr beschränkt ist, vielleicht auch auf Rechnung des „Meisters“? Und sind es „Meister“, die an diesen Schulen erteilen?

Das Wachen vom spezialisierten Beruf des Innungsmeisters zur Lehrlingsausbildung löst sich bei näherer Untersuchung in eitel zünftlerischen Dunst auf. Ehre jedem selbstständigen Handwerker, der sich gewissenhaft bemüht, aus dem Lehrling einen tüchtigen Handwerker zu machen. Aber, was hat denn das mit dem Innungsummel zu thun? Rein gar nichts! Die Frage der Lehrlingsausbildung ist zwangsweise, in geradezu wider natürlicher Weise, diesem Hummel eingeweiht und von der zünftlerischen Annahme in ungläublicher Weise verzerrt

und verhärtet worden, wie wir im nächsten Artikel noch näher darlegen wollen, wobei der hier erscheinende „Nordwestdeutsche Bauwerks-Anzeiger“ sich auf eine kleine Lektion gefaßt machen kann.

Früher und jetzt.

Die Gegner des Sozialismus stellen so gerne Vergleichen zwischen früheren Zeiten und der Gegenwart an, um den Arbeiter zu beweisen, wie viel besser sie heute gestellt sind. Sie zeigen zurück auf die Lage der Arbeiter in den Staaten des Altertums, so z. B. in Rom. Waren denn wirklich die verfluchten arbeitenden Massen im Altertum verhältnismäßig so sehr viel schlechter daran als die Arbeiter von heute? Untersuchen wir:

In Rom war das Land geteilt in Latifundien, mittlere und kleinere Besitztümer, die aber alle zumeist nur mit unfreien Arbeitern bewirtschaftet wurden. Auch die Manufaktur der großen Städte war in den Händen von Eigenthümern, welche sich der unfreien Arbeitskräfte bedienten. Die ganze Arbeit, welche die Bevölkerung des römischen Reiches mit Kleidung, Nahrung und Wohnung versorgte, wurde durch Sklaven oder Halbflaven aller Kategorien geleistet. Das charakteristische Merkmal der wirtschaftlichen Lage dieser Klassen bestand darin, daß sie niemals mehr als den Lebensbedarf für sich erhielten, daß ihnen die Gründung und Erhaltung einer Familie materiell außerordentlich erschwert war, und daß der gesamte Reingewinn ihrer Arbeit den Besitzern des Bodens, der Handwerkszeuge und der Geldkapitalien zufiel. Der Arbeiter war Arbeitsmaschine in der Hand eines Herrn. War das Menschenfleisch billig, d. h. waren mehr Sklaven da, als man brauchen konnte, was oft genug vorkam, so wurde auch die Lage der Sklaven, ihre Behandlung und Verpflegung eine entsprechend schlechtere. Im entgegengesetzten Falle mußte der Besitzer in seinem eigenen Interesse mehr Wert auf gute Fütterung der Sklaven legen. Letztens hatte der Herr über die Arbeiter das Recht des Lebens und des Todes.

Heute sind die Arbeiter allerdings „frei“, d. h. sie sind nicht mehr das rechtliche Eigentum eines Herrn. Ja, der Arbeiter hat sogar mit dem Herrn gleiche bürgerliche Rechte. Der Arbeiter ist kein Sklave mehr, kein Lehrling, kein Hülfsarbeiter, kein Leibeigener. Er ist nicht mehr an den Willen eines Herrn, nicht mehr an die Scholle gekettet. Jamohl, aber ist der Arbeiter denn nun wirklich frei? Er ist es in der Hauptsache so wenig, wie der Arbeiter der Vergangenheit. Ihm stehen alle Voraussetzungen zur Freiheit, indem er wirtschaftlich durchaus abhängig ist von einem Arbeitsherrn, für das im Wesentlichen alle die ökonomischen Grundstoffe, welche für die Erhaltung der Sklaven maßgebend waren. Mäße der Arbeiter noch so tüchtig sein, die Möglichkeit der Existenz durch Arbeit liegt nicht bei ihm selbst; er verhungert, wenn ihm ein Arbeitsherr, der über die Reproduktionsmittel verfügt, nicht gegen Arbeitsleistung Brot gewährt. Die Peinliche des Sklavenansehens saugt nicht auf seinen Rücken, aber die Geißel des Hungers, der Noth, des Elends nützt er unauflöslich; sie treibt ihn an, zu gehorchen, möglichst viel zu arbeiten im Interesse des Herrn, möge er selbst dabei gleich nur das trockene Brot gewinnen. Der Sklave würde gefällter; der „freie“ Arbeiter müde „gelohnt“, um sich seine Nahrung selbst kaufen zu können. Ist da ein wesentlicher Unter-

schied zu entdecken? Nein! Der Sklave bekam so viel an Nahrung und Kleidung, um seine Arbeitskraft zu erhalten; der „freie“ Arbeiter von heute erhält auch nicht mehr, als zur notwendigsten Fröhen der Existenz erforderlich ist. Und oft genug erhält er noch nicht das. Je mehr Arbeitsangebot vorhanden ist, je weniger hat der „Arbeitsherr“ ein Interesse daran, daß der Arbeiter eine gute Lebenshaltung hat; denn wo Hundert bei harter Arbeit und mangelhafter Ernährung zu Grunde gehen, da stehen Tausende Andere bereit, die sich, dem Selbsterhaltungstrieb folgend, sagen: „Lieber hungrig arbeiten, als durch Hunger sterben.“

Wir wissen, daß die Herren im alten Rom öfter Schaaren von Sklaven die Freiheit gaben, wenn deren so viel wurden, daß der Herr sie nicht mehr vorthellhaft für sich arbeiten lassen konnte. Der Staat ging mit Gesetzen gegen diese Massenfreilassung vor, weil dadurch die Menge des armen Pöbels vermehrt wurde. Was geschieht denn heute? In Massen werden die Arbeiter auf das Straßenpflaster gesetzt und dem äußersten Elend überantwortet, wenn das Kapital sie nicht mehr profitabel ausnützen kann. Immer neue Schaaren werden permanent durch die menschliche Arbeitskraft mehr und mehr überflüssig machenden Fortschritte der Technik „freigelegt“, d. h. arbeitslos, damit aber zugleich brotlos gemacht. Und kein Gesetz kann das verbieten. Ist das ein Vorzug des sogenannten „freien“ Arbeiters gegenüber dem Sklaven? Den von Sklaven geschaffenen Werth, abzüglich der Erhaltungskosten des Sklaven, den Reingewinn aus der Sklavenarbeit, nahm der Herr an sich. Ist das heute etwa anders? Der Lohn des „freien“ Arbeiters soll, nationalökonomisch gesprochen, nichts Anderes sein, als das Äquivalent für die verbrauchte Arbeitskraft. Im Durchschnitt bietet der Lohn nicht mal soviel ein Äquivalent; es ist Thatsache, daß die Mehrzahl der Arbeiter mehr Kraft verbraucht, als sie mit dem Lohn ersetzen kann; die Folge davon ist Krankheit, Stethum, früher Tod. Abzüglich des Pöbels aber beansprucht nun einmal der Arbeitgeber den ganzen Arbeitsertrag des Arbeiters für sich als Unternehmer- oder Kapitalprofit. So wenig wie früher der Sklave, so wenig produziert der „freie“ Arbeiter für sich; er ist, wie Jener, nur das Arbeitswerkzeug für fremdes Interesse. Er arbeitet, um zu leben; das Kapital läßt arbeiten nicht in Rücksicht auf das Menschenrecht des Arbeiters, nicht um ihn vor dem Verhungern zu bewahren, sondern um an seiner Leistung zu profitieren. Und je tiefer dieser Profit anwächst, je elender, unsicherer, unhaltbarer wird die Lage der arbeitenden Masse. Der gute Wille, die Humanität einzelner Arbeitsherrn kann daran gar nichts ändern. Die zwingende, die Arbeit bedrückende Macht liegt im System, dessen terroristischer Herrschaft der Einzelne sich gar nicht entziehen kann.

In Wahrheit ist der Kapitalismus Herr über Leben und Tod der Arbeiter. Zwar kann er keinen Arbeiter mit Schwert und Peitsche zu Tode bringen, aber er bestimmt die Konjunkturen; er entscheidet darüber, ob die Arbeiter im Elend schneller zu Grunde gehen, ob sie arbeitend länger leben sollen; von seiner Herrschaft hängt das Dasein der arbeitenden Millionen ab; seine ökonomischen Gesetze sind anarchischer und despotischer, wie es jemals welche gegeben hat. Das ganze Schicksal der Menschheit heißt heute kapitalistisches Interesse. Eine absolute und unerlöschliche Macht wie der Kapitalismus hat die Menschheit nie empfunden. Der Sklavenherr des

Die soziale Stellung der Frau.

(Fortsetzung.)

Das geringste, was die Frau für sich verlangen kann, ist noch die Achtung der Frauen Irma und Teal, daß man ihr wenigstens die Bahn frei lasse, auf der sie den Wettkampf mit dem Mann veruchen will. „Jedenfalls“ — sagt Madenhause — „hat die weibliche Hälfte das Recht zu verlangen, daß ihr gestattet werde, ihre Fähigkeiten zur Fortbildung, der Menschheit in jedem Zweige der Thätigkeit zu verschaffen, und daß jeder Weg zur Bildung, welcher der männlichen Hälfte offen steht, auch ihr offen werde.“

Die gemilderte Sklavensklava, welche im Allge meinen heute noch das Bild dem Manne gegenüber einnimmt, ist ein Ueberrest einer barbarischen Zeit, da der stärkere Mann die schwächere Frau trotz ihrer geringeren körperlichen Kräfte vor den Flügeln trug und sie alle Arbeiten der schwierigsten und erdemigsten Art thun ließ, während der Mann auf der Lärntbank ruhete. Die Formen der Unterdrückung der Frau ändern sich, die Unterdrückung blieb dieselbe. Die Unterdrückung des Weibes ist älter als die irgend einer Völkerschaft. Die Frau war Sklavin des Mannes, ehe noch die Sklaven existierten. Sie ist das erste menschliche Wesen, welchem das Recht der Menschlichkeit unterlag wurde. Zwar kommen die Frauen stellen zum klaren Bewußtsein ihrer Rechtshafte Stellung. Eine Johnburle und Johnburle dauernde Rechtshafte nicht schließlich zur Gewohnheit Gewerben und Erziehung lassen sie beiden Theilen, dem Unterdrücker und dem Unterdrückten, als „natüremäßig“ erscheinen. So lernen die Frauen ihre untergeordnete

Stellung als etwas so Selbstverständliches hinzunehmen, daß es gar keine geringe Mühe kostet, ihnen zu beweisen, daß dieselbe eine unzulässige ist, daß sie dahin streben müssen, die Gleichberechtigung mit dem Manne zu erlangen, in jeder Beziehung dem Manne ebenbürtige Glieder der Gesellschaft zu werden. Was es nicht auch Millionen von Sklaven, welche die Sklaverei natürlich fanden und sich nie freier hätten, wenn nicht aus der Klasse der Sklavenhörer selbst die Befreier entstanden wären? Petitionirten nicht preussische Kauern, als sie nach 1807 infolge der Stein'schen Gesetzgebung aus der Hörigkeit befreit wurden, sie darin zu lassen, denn wer sollte für sie sorgen, wenn sie krank würden oder alt seien? Der Unterdrückte bedarf des Aufregers und Aufweckers, da ihm selbst die Macht und die Fähigkeit zur Initiative fehlt. So war es bei der Sklaverei, bei der Leibeigenschaft und Hörigkeit, so war es bei der modernen Arbeiterbewegung und so ist es bei dem Kampf für die Befreiung und Emanzipation der Frau.

Allerdings macht sich unter den Frauen jetzt ein wachsendes Streben nach Hebung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Stellung bemerkbar. Die weitgehenden Vorläufer dieser Bewegung stellen auch die Forderungen politischer Rechte für die Frau auf, da kein Grund vorliegt, die Frauen, welche so gut Staatsbürger seien, wie die Männer, von denselben auszuscheiden, und da die bisherige ausschließliche Handhabung der Gesetzgebung durch die Männer den Beweis erbracht habe, daß dieselben dieses Privilegium nur zu ihren eigenen Gunsten ausgeübt und die berechtigten Interessen der Frauen nicht gewahrt hätten. Aber die Forderung nach Verbesserung der Lage des weiblichen Geschlechts drängenden Frauen ist noch eine relativ geringe

und die leidenschaftlichsten Gegner dieser Bestrebungen sind nicht allein im männlichen, sondern ganz besonders im weiblichen Geschlechte selbst. Sie hoffen diese Bewegung mit der ganzen Borntheit intellektuell erstarrter Menschen, welche den Aufschwung ihrer Geschlechtsangehörigen nicht sehen wollen, da durch denselben ihre eigene geistige Zurückgefallenheit und Anseln in ein größeres Licht gekehrt würde.

Der von allen gegen die fortschrittliche Frauenbewegung erhobenen Einwänden interessanteste und am meisten zu berücksichtigende ist wohl der, daß die Erreichung der von denselben vorgeschlagenen Ziele die Lage des Frauengeschlechtes nicht radikal zu verbessern vermöchte, daß eine wirkliche Verbesserung derselben nur durch eine allgemeine Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation erzielt werden könne. So sagt A. Debel in seinem vorerwähnten Buche auf Seite 3: „Ob einige hundert oder tausend Frauen aus den bedrängten mittleren Ständen in das höhere Verstand, in die ärztliche Praxis in die Beamtenlaufbahn eintreten und dort leibliche oder auskömmliche Stellung finden, ändert gar nichts an der Gesamtlage der Frauen. Die Befreiung des weiblichen Geschlechts durch das männliche, die materielle Abhängigkeit der ungeborenen Mehrheit der Frauen vom Manne und die hierauf gebaute Geschlechts-Flaverei in der heutigen Ehe — und in der Liebe wird damit nicht aufgehoben. Die Frage ist also hiermit nicht gelöst.“

Auch wir haben schon Eingangs dieser Zeilen darauf hingewiesen, daß die Frauenfrage eigentlich nur einen Bruch der allgemeinen sozialen Frage bilde. Gleichwohl läßt sich dieselbe aus ihrem Zusammenhang mit den andern großen Gesellschaftsfragen lösen und selbst-



Alterthums konnte nur in einem genau abgegrenzten Kreise herrschen; er war nur Herr über die Minnenjeden, die er nach formellem Recht sein eigen nannte. Das Kapital ist Herr über die Arbeiterkraft der ganzen Welt. Mobiles Kapital, das in Hamburg ruhig liegt, beutet in den fernsten Welttheilen die Arbeit aus; wohin sein Befehl es dirigirt, da „wirkt“ es, b. h. da sammelt es Früchte fremder Arbeit an, nach ökonomischen Gesetzen, die von der Persönlichkeit seines Befehlshabers ganz unabhängig sind.

Sagt uns doch, Ihr Vertreter der kapitalistischen Interessen, was ist für den Arbeiter damit gewonnen? Für den „freien“ Arbeiter, im Gegensatz zum Sklaven? Die Lage der Sklaven im alten Rom war eine würdevollere, aber sie war gestärkt. Die Lage der „freien“ Arbeiter von heute ist würdevoll und unsicher zugleich. Sie haben die „Freiheit“, an einer Stelle, die über die ganze Erde reicht, den Herrn anzufuchen, von dem sie abhängig sein, für dessen Interesse sie ihre Arbeitskraft opfern wollen.

Das ist der Unterschied. Aber ein Unterschied, der diejenigen Lügen strafft, die glauben machen wollen, der Arbeiter habe durch die Umbildungen des Sklaven in den „freien“ Proletariat ökonomisch und sozial mehr gewonnen, wie eine Fiktion, eine — **Cinbildung!**

### Wirtschaftlich-soziale Rundschau

**Gewerbegerichtswahlen.** Die Leitung der Gewerbegerichtswahlen, die demnachst in Berlin vorzunehmen sind, soll sozialdemokratischerseits von der Streik-Kontrollkommission in die Hand genommen werden. Bei den in letzter Zeit im Reich stattgehabten Wahlen zum Gewerbegericht haben die Sozialdemokraten fortgesetzt bedeutende Erfolge zu verzeichnen. So siegten dieser Tage auch in Ludwigshafen die Kandidaten der Sozialdemokraten mit 1148 gegen 39 Stimmen.

**Die Opfer des Kampfes.** In den Monaten Januar und Februar d. J. sind gegen sozialdemokratische Redakteure, Agitatoren etc. in Deutschland nicht weniger wie 117 Prozesse entworfen worden. Diefelben brachten ein: insgesamt 16 Jahre 6 Monate 20 Tage Gefängnis und 3138 Mark Geldstrafe. Wie viele Tausende von Mart die Gerichtskosten betrogen, entzieht sich der Berechnung. Wegen Verletzung des bekanntlich unheilbar wahninnigen Königs Otto von Bayern erhielt ein Fabrikarbeiter in Weidau drei Jahre Gefängnis. Unter den Urtheilen befinden sich auch wegen „Zellerksammlungen“; sechs davon lauten auf Freisprechung, zwei auf Strafe.

**Betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk** schreiben die „Berl. Polit. Nachrichten“, daß die Vorarbeiten zu dem Entwurf eines diesbezüglichen Gesetzes schon seit längerer Zeit an der zuständigen Stelle im Gange sind. Es werde aber noch eine Spanne Zeit vergehen, ehe der Entwurf spruchreif wird, da sich der gegenseitigen Regelung dieses Gegenstandes ernste Schwierigkeiten entgegenstellen. Von Handwerksbetrieben unterliegen bis jetzt nur die der Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Steinhaue, Brunnenarbeiter und Schornsteinfeger der Unfallversicherung.

**Arbeiter-Unruhen** anlässlich eines großartigen Streiks spielten sich in den Tagen vom 3. bis 10. Mai in der russischen Fabrikstadt Bobz ab. Bobz ist der zweitgrößte Industriort Rußlands, die Fabriksabflüsse im Bobzer Bezirk, meist Webereien und Spinnereien, beschäftigen über 30 000 männliche und weibliche Arbeiter. Die Steigerung der Lebensmittelpreise und die Weigerung der Fabrikanten, die Aöhne der Arbeiter entsprechend zu erhöhen, haben den Anlaß zum Streit gegeben, welcher am 3. d. M. zum ersten Ausbruch kam. Den meisten Fabriken der Textilbranche blieb nichts

weiter übrig, als den Betrieb einzustellen. Die ersten Zusammenrottungen der zahllosen Arbeiter auf den Straßen wurden durch berittene Kosakenpatrouillen mit leichter Mühe zerstreut.

Die folgenden Tage brachten ernstere Ereignisse. In vielen Fabriken sollen von den Streikenden die Maschinen zerstört worden sein; man soll verlußt haben, die Fabriken in die Luft zu sprengen; Säben der Juden sollen geplündert und einige Inhaber derselben sollen ihr Leben eingebüßt haben. In den Berichten der bürgerlichen Blätter ist offenbar Vieles falsch, entstell, übertrieben. Eider ist nur, daß die Arbeiter durch schandbare Ausnutzung zur Ver zweiflung getrieben worden sind und daß das Militär große Geldentbaten gegen sie vollführt hat. Einem in bürgerlichen Blättern veröffentlichten Privatbriefe aus Bobz entnehmen wir Folgendes: Das hier liegende Militär und die Polizei, Gendarmen und Feuerweh waren machtlos den über 100 000 anrückenden Arbeitern und Bauern gegenüber, und gestern wie heute war loszulassen die Stadt in den Händen des böbsten Fabrikanten, Buchhalter von Fabriken und Juden wurden niedergebaut und geschoten, an 10 Tode und einige hundert Verwundete sollen im Spital liegen. Gestern wurden zwei Kosaken erschlagen. Diese Nacht kam der Gouverneur von Petrikou mit Militär an. Die hier liegende Garnison, ein Infanterie-Regiment, mehrere Batterien Artillerie und Kosaken-Regimenten rüchten, wie schon erwähnt, nichts aus. Diese Nacht kommt noch mehr Militär, um die für morgen (Sonntags) geplante Judenhege zu verhindern: zwei Infanterie- und ein Dragoner-Regiment. Guro telegrophirt: „Patronen (Steinfabrikales Gewehr) nicht schicken, Belagerungszustand.“

Die den Belagerungszustand verkündende Proklamation ist in russischer, polnischer und deutscher Sprache an allen Straßenenden angeschlagen. Ihrer Bestimmung gemäß darf sich bis auf Weiteres Niemand in den Stunden von 9 Uhr Nachmittags bis früh 5 Uhr auf den Straßen sehen lassen. Ich kann nicht aus dem Hotel heraus und meine Reize nicht fortsetzen. Das Hotel steht gegen gute Bezahlung in militärischem Schutz; das Militär muß überhaupt von den Fabrikanten und Juden, welche Hab und Gut retten wollen, bezahlt werden. Jetzt Abends um 10 Uhr, hört man wieder Schießen. Es ist das Militär. Da wird Marder fallen, auch Unschuldige wird es wohl treffen. Nachmittags sah man mehrere Transporte gefangener Aufwiegler, immer 50 bis 100 Mann, welche grobe Ausdehnungen, Mord und Plünderung begangen und die nach der Zitadelle und der Petro-Pawlowskifung eingeliefert wurden. Wenigstens ist jetzt die Stadt in der Gewalt des Militärs bezw. der Regierung. Ich mochte gestern Abend und heute nicht vor die Thür gehen. Die Kosaken haben mit ihren Knuten mit Eisenkugeln von den Pferden, daß das Blut spritzt. Einer hieß einem Gezeigten über den Rücken, daß der Ueberbieger von oben bis unter getheilt war. Ich möchte nicht die Haut darunter sehen! Fortwährend bläst die Feuerweh Alarm. Man kann jetzt, noch 10 Uhr Abends, nicht mehr zum Fenster oder zur Thür, da auf den geschloßen wird, der hinaus schaut. Die „Nadelsticker“ sind natürlich verhaftet. Die Ordnung ist wieder hergestellt, d. h. die der geistlichen Ausbeutung der Arbeiter. Diese haben die Arbeit wieder aufgenommen; die Regierung hat ihnen „Unterstützung“ ihrer Beschwerden versprochen. Aber man weiß ja, was solche Versprechen in Rußland für einen Werth haben.

Aus Bardubiz wurde unterm 12. Mai gemeldet: Von 500 Arbeitern, welche gestern bei der Regulierung in Selemik Arbeit suchten, solche aber nicht erhielten, drangen etwa 60 in einen Kramladen ein, erzwangen die Hergabe von Branntwein, Tabak und Geld und schloßen ihn ab. Die Gensdarmerei verfolgte dieselben und verhaftete die Nadelsticker. Eine weitere Nachricht meldet, daß nach Verhaftung von im Ganzen 54 „Aufwieglern“ die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Aus London, 14. Mai, wird berichtet: Zwischen den Bergleuten und Bergwerkbesitzern fand in Newcastle gestern eine Konferenz statt. Die fand in Newcastle gestern eine Konferenz statt. Die ersten erklärten sich bereit, in eine Lohnreduktion von 7 1/2 pZt. zu willigen, die Bergwerkbesitzer befehlen aber auf einer solchen von 13 pZt. Die Verhandlungen sind

unter diesen Umständen resultatlos verlaufen. Der Streik dauert fort.

### Unbequeme Gäste und staatsmännische Weisheit.

Der Londoner Werkschaffsrath hatte anlässlich der Kaiserbesuch, an die großen Staatsmänner Stadstone, Lord Salisbury etc. eine Abordnung zu schicken, um wegen Einführung des gesetzlichen Achtstundentages vorstellig zu werden. Die Herren aber fanden es gerathen, die Abordnung nicht zu empfangen. Deutsche kapitalistische Zeitungen berichteten höhnisch: man sei der unbequemen Gäste auf geschickte Weise los geworden.

Aber das letzte in weiten Kreisen der Bevölkerung dieses Brit-Gladstone, der schlaue Fuchs, hat in einem längeren Schreiben sich dahin ausgesprochen, daß eine Unterredung mit der Abordnung die Achtstundentage nicht fördern werde. Diese Art, sich um die wichtige Frage herumzudrücken, haben die englischen Radikalen dem liberalen Führer sehr übel genommen. Die „Ball Mall Gazette“, die sonst ihren „großen alten Mann“, wie einen Unsterblichen unter den herrlichen Menschen zu verherrlichen pflegt, hat ihr Misfallen über diesen Schritt ihres Heros zu erkennen gegeben. Die demokratische Partei in London war geradezu wie vom Donner gerührt. In allen Klubs und in den Hauptquartieren sämtlicher Gewerbetreue sprach man von nichts Anderem.

Energisch richteten die Arbeiterführer ihre Angriffe gegen Gladstone, so besonders Ben Tillet und Robt Burns. Letzterer sprach am Sonntag vor acht Tagen auf einer im Winterpark in London abgehaltenen Versammlung des Arbeiterbundes von Battersea. Nachdem Burns über die großartige Kundgebung vom 1. Mai gesprochen hatte, fragte er: „Wo steht Mr. Gladstone in dieser Sache? Da, wo man es von ihm erwarten muß, sobald eine Frage seinen Handelsinteresse berührt.“ Mr. Gladstone hatte sich gegen den Achtstundentag, gegen die Forderung der Parliamentsmitglieder, gegen das Stimmrecht der Frauen und überhaupt fast gegen jede Forderung ausgesprochen, durch deren Aufstellung der liberale Führer und seine Anhänger, wie man allgemein angenommen habe, in den bevorstehenden Wahlen das Land mit Sturm erobern wollten. Nun sehe man, daß Gladstone in diesen für die sozialen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse so wichtigen Fragen mit der Tories gemeinsame Sache mache. Mit seinem vernünftigen Programm werde er die nächsten Wahlen nicht gewinnen. Noch gebe es keine richtige Arbeiterpartei, sondern nur eine Arbeiterbewegung. Wenn aber einmal eine Arbeiterpartei organisiert sein werde, dann werde sie die Föhrung der Staatsmaschine als ihr Recht übernehmen.

Dem Lord Salisbury wurde es schmal. Er bequente sich am 12. Mai die unbequemen Gäste zu empfangen. Ueber den Verlauf der Audienz wird berichtet: Der Sekretär des Gewerkraths, Shipton, stellte die Abordnung vor, die außer ihm aus dem Bahnbauer Steadmann, dem Arbeiter Duesch, dem Lithographen Taylor, dem Gasarbeiter Thorne und dem Württemberg Ellis bestand. Shipton hob besonders hervor, daß die englische Arbeiterkraft immer mehr und mehr den Achtstundentag fordere, nur sei sie getheilte Ansicht, ob er gesetzlich einzuführen oder durch die Gewerbetreue zu erzwingen sei. Duesch erklärte, die gewöhnlichen Handarbeiter seien bei der Verkürzung der Arbeitszeit machtlos. Dazu sei die Konturrenz unter ihnen zu groß. Lord Salisbury hielt das Befahren der Arbeiterkraft nach Verkürzung der Arbeitszeit für löblich und natürlich. Aber es sei zweifelhaft, ob wirklich durch die Beschränkung der Arbeitszeit viel Geld verdindert werden könne und viele Arbeitslose Beschäftigung fänden. Er gab zu, daß die Arbeitszeit in vielen Gewerken zu lang sei. Ein Streik werde mit Recht allezeit für ein barbarisches Mittel angesehen. Es gebe aber noch ein anderes Mittel außer plötzlichem gesetzlichen Einschreiten, wodurch das Ziel der Arbeiter erreicht werden könne. Dieses Mittel sei, die öffentliche Meinung allmählig für die Beschränkung der Arbeitszeit zu gewinnen. Die Abordnung habe gelangt, ein Streik sei langwierig, kostspielig und schwerfällig, ein Gesetz greife schnell durch. Das Letztere sei nicht der Fall. Die Arbeitgeber würden einem Achtstundentage den erbittertesten Widerstand entgegensehen und bei einem Theil der Arbeiterschaft Unterstützung finden. Der Minister ermahnte zur allergrößten Vorsicht, damit sie und ihre Kinder das Experiment nicht bebauerten, das sehr wahrscheinlich niedrigere Löhne im Gefolge haben würde. Die Steigerung der Produktionskosten würde den Verkaufspreis in die Höhe bringen und dieser die Nachfrage in gewissem Maße vermindern. Statt daß mehr Leute Beschäftigung fänden, würde wahrscheinlich das Gegenteil eintreten. Wände man Fabrikanten und Kapitalisten die Hände, so würden sie nach Frankreich, Spanien oder den Vereinigten Staaten auswandern. Herr Valfour, der erste Lord des Schachames, welcher der Verhandlung beizuwohnen, erklärte sich mit den Ausführungen des Premierministers völlig einverstanden und fügte hinzu, daß er nicht glaube, daß sich alle Industriezweige unter dieser Schablone bringen ließen. Ein Achtstundentag würde nur auf dem Papier stehen. (11)

Das ist echt „staatsmännisch“ geprochen! Wie erkennen die Herrn doch Inhaft und Bedeutung der großen Frage! Oder glauben sie etwa, ihre sogenannte „Autorität“ sei stark genug, die Achtstundentage aus der Welt zu schaffen?

Wenn es wahr ist, daß jede neue, fruchtbare Idee, welche in den Anschauungen der Menschen eine Umwälzung hervorbringt und die Abschüttelung eines alten Irrthums bedeutet, zu Beginn ihres Auftretens verpörrt und lächerlich gemacht, später entsteht und schließlich, nachdem sie in Wirklichkeit umgesetzt, als selbstverständliche Wahrheit bezeichnet wird; und wenn es ferner wahr ist, daß die Träger und Vertreter dieser Idee zuerst ein Begehrer des Hofes, hierauf — da es nicht mehr an

ständig behandeln; man kann die Argumente der Vertreter und der Gegner der fortschrittlichen Frauenbewegung prüfen und die Frage einer Untersuchung unterziehen, ob die Erreichung der von den Frauen-Emancipations-Bestrebungen angestrebten Ziele eine Verbesserung der sozialen Zustände, oder — wie die Gegner dieser Bestrebungen behaupten — eine Verschlechterung derselben herbeiführen müßte. Und eine Unterjudung dieser Frage scheint uns deshalb angezeigt, weil, wenn die gegnerischen Einwände sich als stichhaltig zu erweisen vermöchten, so wöhl der Vortheil als die Möglichkeit höherer Entwicklung der Frau und der Gleichberechtigung der Geschlechter in Frage gestellt wören.

Die Einwände, welche gegen die in Rede stehenden Bestrebungen erhoben werden, theilen sich in zwei Gruppen. Die eine Gruppe der Gegner stellt die Behauptung auf, daß die Frau für eine höhere geistige Berufstätigkeit nicht fähig, weil von Natur nicht dazu veranlagt sei. Auf dieser Behauptung fußend, giebt es heute noch eine namhafte Zahl von Männern und — wie bereits vorhin erwähnt — auch von Frauen, welche allen Ernstes davon überzeugt sind, die Frauen müßten und wören stets geistig untergeordnet bleiben. Die andere Gruppe behauptet, daß wenn die Frauen auch wirklich durch eine darauf hingelende Erziehung zu einer gehörgerten Leistungsfähigkeit geeignet wören, die sogenannte Emancipation der Frauen schädliche Zustände im Organismus der menschlichen Gesellschaft hervorruufen müßte.

Unter die Gelehrten, welche in Deutschland als die geharnischtesten Gegner der fortschrittlichen Frauenbewegung sich hervortun, gehören beispielsweise die Herren Ed. v. Hartmann, A. Bischoff, Ludwig

Sirt, J. Sybel, E. Reich, W. G. Niehl, A. v. Bärenbach und sehr viele Andere.

Wollen wir uns zuerst mit der Behauptung beschäftigen, daß das Weib die Fähigkeit nicht besitze, welche es zu einer den Männern ebenbürtigen Lebensstellung berechtigen wören, und daß es dieselben auch nicht zu erwerben im Stande sei, so können man diesen Einwurf damit beseligen, daß, wenn diese Herren von der geistigen Inferiorität des Weibes so festgesetzt überzeugt sind, wie sie so sein vorgeben, sie ja gar keinen Grund haben, sich gegen die emancipatorischen Bestrebungen der Frauen, so zur Wehre zu setzen, wie sie es thun, da ja doch bei wirklcher intellektueller Untergeordnetheit des weiblichen Geschlechtes trotz aller Emancipation der Frauen geschlechtliche Stellung im Wesentlichen nicht geändert werden kann, sondern dieselbe bleiben wird, es alr nur auf eine an sich ungeschädliche Probe anfüme um zu erweisen, ob jene Annahme richtig ist oder nicht.

Wir wollen jedoch ein Ubriges thun und die Argumente, welche von den Emancipationsgegnern zur Erhärtung ihrer Behauptung der geistigen Inferiorität des Weibes herbeigezogen werden, auf ihren Werth untersuchen.

Der von ihnen immer mit großem Selbstgefühl ausgespielte Haupttrumpf ist: die Frau hat ein kleineres Gehirn als der Mann, ergo besitze sie auch geringere Geistesfähigkeiten. Der Vorderfuß ist richtig, weil physio-logisch und anatomisch nachgewiesen; die Richtigkeit der daraus gezogenen Schlussfolgerung wollen wir prüfen. (Schluß folgt.)



geht, sie als harmlose Schwärmer und Träumer, als Utopisten hinzustellen — alle Höhenqualen der Verfolgung durchmachen müssen, ehe sie den Tag des Triumphes erleben; wenn all' dies wahr ist, dann ist die Utopien-Idee eine der herrlichsten Ideen, die jemals zur Geltung der menschlichen Zivilisation erachtet wurden.

Wen es bedarf nicht erst dieser Vnnaahme. Mit der elementaren Kraft eines Naturgesetzes brach sich im arbeitenden Volke die Erkenntnis Bahn, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die erste Stufe zur Abreißung des Proletariats aus den Fesseln wirtschaftlicher Sklaverei und politischer Rechtslosigkeit darstellt. Ein nachweisbarer Beweis dieser wachsenden Erkenntnis ist der internationale Arbeitertag, ein Beweis, wie ihn die Weltgeschichte nur selten zu verzeichnen in der Lage ist.

Aber nicht nur in's Proletariat ist diese Erkenntnis gedrungen, tiefer und tiefer; auch in den Reihen der besitzenden Klassen, bei den auf der sozialen Stufenleiter höher Stehenden: erobert sich die Utopien-Idee mit herzbezwingender Gewalt ihre Anhänger; Industrielle und Techniker, Schriftsteller und Professoren, Politiker und wirtschaftliche Staatsmänner erheben ihre Stimmen für die Verkürzung der Arbeitszeit.

Und wie sollten sie auch nicht? Man leugne es doch, daß eine physische Degeneration der arbeitenden Bevölkerung vorhanden ist; man leugne es, daß diese Degeneration von der exzessiven Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft herrührt; man leugne es, daß diese Ausbeutung nur infolge der langen Arbeitszeit möglich ist, daß letztere durch die technische Entwicklung lächlich und überflüssig geworden, und daß die wahnsinnige Steigerung der Arbeitsintensität, wenn sie nicht wenigstens der Zeit nach beschränkt wird, eine kulturelle Gefahr und geeignet ist, eine Katastrophe von ungeheuren Dimensionen herbeizuführen. Und das ist keine Uebertreibung! Die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft hat ihren Höhepunkt erreicht; nun geht es die mechanische Technik, nun fordert es die Vernunft, der arbeitenden Menschheit ein Quantum des industriellen Segens zu gewähren: Mehr Ruhe für den ermüdeten Leib, mehr Raß für den müden Geist zur Sammlung und Erholung, zur Ausbildung und zum Genuß geselliger Freuden.

Weiter als Arbeiteraufgehete und Arbeitervereiner, besser als die beste Sozialreform wirkt die Verkürzung der Arbeitszeit; sie ist die erste und wichtigste Voraussetzung einer solchen und allein im Stande, die drohende Entartung der Menschheit zu verhindern.

Das Proletariat wird von diesem Gedanken nicht eher ablassen, als bis er verwirklicht sein wird. Keine Macht der Erde wird es davon abhalten, denn ihm gehört nicht bloß die Zukunft, die man ihm gänzlich überläßt, ihm gehört bereits die Gegenwart. Dafür bürgt der Fortschritt der Utopien-Idee.

**Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Der diesjährige elfte Verbandstag der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) findet am Freitagmontag und die folgenden Tage in Braunschweig statt. Ueber den Gesammtverlauf, betreffend die eingetragenen Berufsvereine, sowie den neuesten Minuterenlos, betreffend die Ausnahmeverkaufsstellen, haben Reichstagsabgeordneter Dr. Schneider (Wiesbaden) und B. Gleichauf (Mannheim) das Referat übernommen. Die Herren Verbandsreferent Winter (Berlin) und Reichstagsabgeordneter Dr. Wag Hirsch werden über die Mitwirkung der Gewerksvereine bei der Ausführung der Arbeiteraufgehete referieren. Den Bericht über die Thätigkeit und Entwicklung der deutschen Gewerksvereine seit dem letzten 1889 in Düsseldorf abgehaltenen Verbandstage erstattet der Verbandsanwalt Dr. Wag Hirsch. Mit dem Verbandstage wird gleichzeitig von verschiedenen Verbandsstags-Abgeordneten eine größere Agitationsreise in Süddeutschland ausgeführt werden. Es kann nicht klären, wenn unsere Freunde und Genossen der Thätigkeit unserer Herren Agitatoren einige Aufmerksamkeit widmen.

Die Zentralisationsfrage beschäftigt die hiesigen Töpfer lebhaft. In einer öffentlichen Versammlung derselben wurde ein Referat dazu erstattet und in demselben u. A. ausgeführt: Durch die Anregung von Seiten der Töpfer Hamburgs ist die Organisationsfrage (ob Zentralisation oder Volatorganisation) jetzt auch bei den Töpfern Deutschlands fast in allen Orten mehr in den Vordergrund getreten. Es ist nicht zu verkennen, daß von Seiten der Gegner der Zentralisation die größten Anstrengungen gemacht werden, die Frage zu ihren Gunsten zu gestalten. Dennoch kann man beobachten, wie trotzdem die verschiedenen Stände, welche vorher für Volatorganisation votirt haben, ihren schon gemachten Delegirten umgebundene Mandate mitgegeben haben. So viel ist gewiß, daß durch die Agitation von unserer Seite ein, den Beschluß des Gewerkschaftskongresses andererseits ein lebendiges Interesse unter den deutschen Töpfern für die Zentralisation erwacht ist. Dies ist schon als ein Erfolg zu verzeichnen. Eins ist jedoch zu beobachten, daß von einigen Kollegen nach auswärts das Gerücht ausgebreitet ist, die Hamburger Bewegung für Zentralisation ist nur eine oberflächliche. Bestimmte Aussagen und an die Kommission nicht gelangt, doch hat die Regierung auswärts fertig angenommen. Dieses hat Herr Winter noch nicht aufhellen können; trotzdem Herr Kehler die Besuche, die nicht in seinem Rahmen passen, direkt erwidert hat. Hierdurch macht sich Herr Kehler immer unpopulärer und beweist immer mehr, wie er sich in dieser Frage veranlagt hat. Die Polemik in Nr. 16 dieses Blattes unter 'Töpfer-Hamburg' ist ein Zeichen dafür. Zum Schluß hat die gemeinsame Kommission unter Mitwirkung des Vorstandes des Fachvereins beschloffen, einen Antrag für den Kongreß vorzulegen und den Versammlung zu empfehlen, welcher dahin geht, den Sitz des Verbandes nicht nach hier zu verlegen. Als Ergänzung sind dem Antrag drei Forderungen vorgeschlagen: Die Versammlung nahm folgende Resolution an: Nach reiflicher Erwägung und bezeichnend auf die Beschaffen-

des Gewerkschaftskongresses zu Halberstadt wollen die Töpfer Deutschlands mitarbeiten an dem Ausbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung auf dem Fundament der von fast allen Gewerkschaften als zweckmäßig anerkannten Zentralisation (Verbande). Dieses ebenfalls anerkennend, beauftragten die Hamburger Töpfer ihre Vertreter auf dem 7. deutschen Töpferkongreß in Berlin, nur für die Zentralisation einzutreten. Ferner beauftragten wir unsere Vertreter, falls sich der Kongreß für das Vertrauensmännersystem weiter erklären sollte, mit der ihnen zur Seite stehenden Minorität sofort eine Konferenz abzuhalten, und einen zentralisirten Töpfer-Verband zu konstituieren. Die Hamburger Töpfer haben alle Konsequenzen gezogen, die diese handlungsweise in sich birgt; sie vertrauen auf den gesunden Sinn der deutschen Töpfer und erwarten die Unterstützung aller Derer, welche dem Bestehen der Unternehmungskasse, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, einen starken Damm entgegengehen wollen. Die Hamburger Töpfer werden alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um das oben Angeführte zur That zu machen. — Hamburg wird auf dem Töpferkongreß durch einen Delegirten vertreten sein.

Drückerberger. — Die Baugewerks-Bg. theilt mit, daß die Sektion I der Norddeutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft (Berlin u.) zahlreiche Stunden unter ihren Mitgliedern hat. Uebrigens wird die Zahl Derjenigen, welche trotz Anwendung aller gesetzlichen Mittel ihre Umlagebeiträge nicht bezahlen, von Jahr zu Jahr größer. Sie beträgt für das Jahr 1890 allein bei der Sektion I 339 mit einem Umlageausfall von M. 43 402 50, welche Summe etwa 6 pzt. der Gesamtumlage ausmacht und durch die Umlage von 1891 wieder gedeckt werden muß. Es werden demnach die insolventen und soliden Genossenschaftsmitglieder die in Insolventen und insolviden auskommen. Man darf dies als ein sehr großes Uebel und gefährliches Unrecht ansehen, denn diejenigen Genossenschaftsmitglieder, welche sich unredlicher Weise von dem Vortragen der Laffen drücken, können zu stilligeren Preisen arbeiten übernehmen, als die, welche ihrer genossenschaftlichen Pflicht nachkommen, sie unterbleiben deshalb beim Abgeben der Preile auch immer die soliden Unternehmer. Diese aber verhalten, wo irgend möglich, ist, sich aus dem Genossenschaftstafel herauszumünden und Strohmänner in dasselbe hineinzuschleiben, welche dann aber kurz oder lang ebenfalls zu denen gehören, welche keine Beiträge an die Genossenschaft zahlen. Es giebt sehr viele Genossenschaftsmitglieder, welche bei Befehlen der Genossenschaft Hunderte und Tausende von Mark alljährlich schulbig bleiben und trotzdem lustig weiter arbeiten. Uebrigens fehlt eben bis jetzt ein gesetzliches Mittel, um solchen Schwindlern das Handwerk zu legen, d. h. ihnen die Ausübung des Gewerbes so lange zu unterlagen, bis sie ihrer Pflicht gegen die Genossenschaft nachkommen. Beitritten in dieser Richtung, welche längst vom Verbands der Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften bei dem Reichsversicherungsamt zur Weitergabe an den Reichstag eingebracht worden sind, bleiben noch unerledigt, weil man auf dem Gebiete der Unfallversicherung und der Alters- und Invalidenversorgung erst noch weitere Einigkeit gewinnen und dann mit einem Male eine ganze Reihe von Abänderungsvorschlägen einbringen will.

Die Lehrlingszuchterei im Baugewerbe wird, wie wir schon öfter nachgewiesen haben, auch von 'biederem' Raunungsmeistern in großartigem Maßstabe betrieben. Es muß schon arg darum stehen, wenn aus Raunungskreisen selbst heraus dieser Unflug angegriffen wird. Die 'Baugewerks-Bg.' hat in ihrer letzten Nummer Ausgabe aus dem Protokoll des hiesigen in Berlin stattgehaltenen außerordentlichen Beiratsstages des Innungsverbandes brandenburgischer Baugewerksmeister veröffentlicht. Wir finden darin eine von Herrn Fischer-Brandenburg a. S. vorgelegte Beschwerte, daß ein Innungsmeister z. B. 50 Lehrlinge und kaum so viel Gehilfen beschäftige. Ob dieses zur Hebung des Handwerkes beiträgt und ob der Lehrling in solchen Fällen im Stande ist, den Lehrlingen die erforderliche Ausbildung angedeihen zu lassen, überlasse er der Entscheidung des Beiratsstages. Die Sache entbehrt nicht der Ironie. Denn zuvor hatte Herr Fischer darüber Klage geführt, daß, trotzdem der Innung die Vorrechte aus § 100 der Gewerbeordnung von der Regierung verliehen worden seien, doch in dem Bezirk der Innung in Brandenburg noch mehrere nicht der Innung angehörige Gewerbetreibende sich befänden, welche noch Lehrlinge haben. Der Innungs-Abvokat Dr. Hille meinte, die Innungen müßten dagegen energisch einschreiten und in jedem einzelnen Falle Strafanträge stellen. Welche Ironie! Ehrliche Handwerker, die nicht der Innung angehören, dürfen keinen Lehrling halten. Man droht ihnen mit dem Seinsantritt. Aber ein Innungsmeister darf 50 Lehrlinge züchten, ohne daß die löbliche Innung im Stande wäre, ihm das unmöglich zu machen.

**Die Maurerbewegung in Dänemark.**

Kopenhagen, den 30. April. Der verlaufene Winter und dieses Frühjahr ist ungewöhnlich fruchtbringend für unsere Organisation und für die Verbesserung unserer Verhältnisse im Allgemeinen gewesen. Wir haben in der letzten Zeit Verbandsabteilungen errichtet in Koge, Søllerød und Umgegend Næstved, Korfjör, Vordingborg und in Odder und Umgegend. Die Adressen der betreffenden Vorsitzenden sind: C. W. Eskildsen, Jernbanegade 208, Koge; S. Petersen, Herod, Bøgholm; A. N. Nielsen, Nylsgade 149, Korfjör; P. C. West, Nyraod, Vordingborg; J. Mikkelsen, Nylsgade 87, Odder; die Adresse des Vorsitzenden in Næstved wird später mitgeteilt. Durch Unterhandlungen zwischen Meistern und Volatvereinen ist eine Erhöhung des Stundenlohnes erzielt worden in Aarhus, Sorfjens, Vejle, Struer, Freder-

icia und Vnbjör auf Falster; in Svendborg und Koge ist dagegen Streit ausgebrochen und ist deshalb der Zugang gesperrt. Die Forderung in Svendborg ist zehnständige Arbeitszeit und 35 Derc Lohne; fünf Meister haben die Forderung durch Unterschrift bewilligt; 38 Gesellen streifen. In Koge fordern die Gesellen zehnständige Arbeitszeit und 33 Derc; zwei Meister haben bewilligt, 13 Gesellen sind arbeitslos. In beiden Städten arbeiten einige Streikbrecher, aber dieselben können uns nicht viel schaden, weil es keine ausgelagerten Maurer sind und sie außerhalb der Organisation stehen.

Der Konflikt am Krankenhaus in Aarhus ist durch gegenseitige Uebererkenntnis beendet, ebenso ist die Sperrung von Aarhus aufgehoben, dahingegen besteht dieselbe noch bei den Meistern Bram und Thomas in Odstrup. In Korfjör, Solbøl, Næstved, Vnbjör auf Falster, Næstved und Kallundborg sind die Streiklisten noch nicht beendet und besteht die Sperrung weiter; ebenso wird abgerathen, nach Kertum, Struer, Svoborg und Vnbjör zu reisen, weil keine Arbeit vorhanden ist.

In Kopenhagen sah es aus, als ob ein gutes Baujahr bevorstünde, aber jetzt infolge der von den Fuhrwerksbesitzern angelegten Aussperrung Alles still; acht, bis neunhundert Gesellen sind arbeitslos wegen Mangel an Material. Bei mehreren größeren Unternehmern sollte die Arbeit aufgenommen werden, aber da dieselben unsicher sind, verkaufen wir Garantie für die Auszahlung des Lohnes. Beim Meister C. v. Elling haben die Gesellen eine Forderung von 700 Kronen; sie haben deshalb die Arbeit niedergelegt und müssen wir daher fordern, daß etwaige Zureichende sich auf unserem Abtheilungskomitee, Nylersgade 22, Sonnabends von 7 bis 9 Uhr Abends, widmen.

Vom Hauptvorstand werden in diesem Jahre keine Statistiken veranlaßt, die Mitglieder müssen aber genaue Rechnung über Verdienst und Arbeitszeit führen.

**Ueber Arbeitersekretariate.**

Aus der Schweiz, Mitte Mai.

Die Frage des Arbeitersekretariats beschäftigt die sozialpolitisch aufgeregten Arbeiter der Schweiz seit Längem; doch ist dieselbe nur erst in Bern praktisch entschieden dadurch, daß man 'solch' eine Institution gründete. Die Erfolge, welche dort erzielt wurden, sind für die Arbeiter anderer schweizerischen Städte ein Ansporn, immer energischer darauf zu dringen, daß auch ihnen die segensreiche Einrichtung gewährt werde. Im 'Grütliamer' macht ein Genosse geltend, daß das Bern nicht möglich gewesen, auch in Genf, Basel, Zürich, St. Gallen u. einzuführen sei. Und er begründet diese Forderung in recht guter Weise.

Es ist wohl überflüssig, in einem Arbeiterblatte über den Werth der Arbeiterorganisation viele Worte zu verlieren. Jeder denkende Mensch, er braucht nicht einmal Sozialdemokrat zu sein, muß einsehen, daß die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse mit aller Macht auf die Vereinigung aller gleichberechtigten Interessen haben den Gruppen drängen.

Der Einzelne, er mag noch so reich sein, ist auf die Dauer außer Stande, das Feld zu behaupten. Die Kapitalisten vereinigen sich zu Aktiengesellschaften, Verbänden und Ringen, um durch das Mittel der Vereinigung jede individuelle Konkurrenz unmöglich zu machen. Es ist dies nicht zu verhindern und vom Arbeiterstandpunkte aus nicht einmal zu beklagen. Denn unter der Herrschaft des kapitalistischen Produktionssystems kommt es schließlich auf eines heraus, ob der Arbeiter im Dienste eines Einzelnen steht oder für eine Gesellschaft arbeitet. Es will nicht eher bedünken, daß er im letzteren Falle sich freier, ungenügender bewegen könne.

Die große Gefahr besteht aber darin, daß das allmächtige Kapital das Volk wieder in ein abhängiges Verhältniß zu bringen sucht und diesen Zweck mit allzu großem Erfolge auch erreicht. Man denke nur an die Eisenbahn, an die Bodenverbesserung, an die Besuche, die Bahnerkräfte in den Besitz des Kapitals zu bringen. Wenn dem Kapital nicht energig entgegengetreten wird, so ist die ökonomische Unabhängigkeit des Volkes schwer gefährdet. Mit der letzteren geht ganz naturgemäß auch die politische Unabhängigkeit verloren. Schiller fragt mit Recht: 'Hat der Vetter eine Freiheit, eine Wahl? Er muß dem Wächtigen, der ihn bezahlt, um Brot und Stiefel seine Stimme verkaufen.'

Dem kapitalistischen Treiben gegenüber hilft nur ein Mittel: der enge Zusammenschluß aller ehrenhaft denkenden Bürger, in erster Linie auch der Arbeiter. Der Macht des schändlichen Kapitals stelle man die Macht der ehrlichen Arbeit in jeder Form entgegen. Letzteres kann aber nicht ohne die allgem. Organisation der Arbeiter bewirkt werden.

Der Zweck dieser Zeilen geht nun dahin, auf einige Wege aufmerksam zu machen, die geeignet sein dürften, zu diesem Ziele zu gelangen. Auch die schweizerischen Arbeiter haben schon viele Anstrengungen gemacht, um die Organisation durchzuführen. Der Erfolg all' dieser Bemühungen läßt aber sehr viel zu wünschen übrig. Der bloße Ruf: 'Arbeiter, organisiert Euch!' genügt aber nicht. Um eine Organisation ins Leben zu rufen, sie zu leiten und sie auch für die Mitglieder nutzbringend zu machen, braucht es eine große Arbeit, intelligente, tatkräftige Führer und geschickte, opferwillige Mitglieder. Wer schon an der Organisation mitgearbeitet hat, kennt die vielen Schwierigkeiten, die sich derselben entgegenstellen.

Auf den ersten Blick erhält man den Eindruck, daß es ungleich leichter sein muß, die Handwerker in einen Fachverein zusammenzubringen als die Fabrikarbeiter. Die Handwerker haben vor Allem mehr Uelterfahrung, sie haben die Fremde gesehen und ihren Blick erweitert. Sie besitzen überdies mehr Verstand, und meist auch eine bessere Schulbildung. Zudem sind sie auch in einer freieren Stellung als die Fabrikarbeiter, sie können ihren Wohnort, ihre Arbeitsstelle, viel eher wechseln als die Letzteren. Diese Umstände bewirken, daß die Handwerker mehr Aktivat, mehr Mannes-



gewünscht sein besitzen als die Mehrzahl der Industrie-  
arbeiter.

Der Industriearbeiter, abgesehen von einzelnen  
Branchen, ist in der Regel an seinem Arbeitsort auf-  
gewachsen. Kaum der Schule entwachsen, kam er in die  
Fabrik, deren verderbliche Einflüsse sich schon fröhe auf  
ihn geltend machten. Die Schulbildung ist meist  
mangelhaft, das Erlernen wird mangels der not-  
wendigen Fortbildung bald verstreut, Zeitungen werden  
wenig gelesen, aus den Lokalfaktoren ist wenig Ver-  
ständnis zu lernen, andere Vorlesungen sind zu teuer,  
und vor den billigen, guten Arbeiterblättern  
hat unser Mann oft noch eine unüberwindliche Scheu.

Gelingt es einmal, daß ein solcher Arbeiter eine  
Arbeitszeitung liest, oder kommt er in ein Gespräch mit  
einem aufgeweckteren Arbeiter, so sieht er zwar ein, daß  
Vieles schlecht in der heutigen Wirtschaftsordnung,  
er gesteht sogar, daß er selber in der Linie liegt, aber  
manches sagt er, die Fingel hängen und entschuldigend  
seine geistige Trägheit mit der Ausrede: „Ja, Ihr habt  
wohl Recht, es hätte besser werden, aber Ihr bringt  
doch nichts zu Stande, die Herren bleiben doch Meister.“

Derartige Reden hört man leider nur zu häufig.  
Die Arbeiter sind auch hier in der Schweiz ent-  
schieden die Bedauernswertesten. Man kann sich keinen  
Begriff von ihrer miserablen Lebenshaltung, machen,  
wenn man nicht selber mit ihnen verkehrt und in ihr  
Familienleben einen Einblick thun kann. Die gegen-  
wärtige Lage dieser Arbeiter läßt an dem Erfolge eines  
Organisationsbundes zweifelhaft, wenn man gleich-  
zeitig wie bei anderen Berufsarten vorgehen wollte. Die  
Armut der Leute, die Angst vor den Prinzipalpalen, die  
zwar oft, aber nicht immer begründet ist, und dann die  
Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen, sind Hemm-  
nisse, die auf gewöhnlichem Wege nicht beseitigt werden  
können.

Auch unter den Handwerkern giebt es noch sehr  
viele. Indifferenten. Doch läßt ihre Organisation sich  
leichter vervollkommen. Dieselbe hat hier zu Lande  
eine kräftige Stütze am Gewerkschaftsbunde. Es ist auch  
wohl denkbar, daß diese Verbände sich bald als obli-  
gatorische Berufsvereinigungen herausbilden werden.  
Andererseits verhält es sich mit den Ar-  
beitern der Industrie und hier vor allem mit den  
Textilarbeitern. Der Gewerkschaftsbund ist wohl nicht  
im Stande, bei diesen kräftig organisatorisch einzugreifen,  
er hat gewiß genug zu thun, um die bisherigen Mit-  
gliedschaften zusammenzuhalten und seine Institutionen  
auszubauen. Von der Bildung von obligatorischen Be-  
rufsverbänden der Fabrikarbeiter kann heute auch noch  
nicht die Rede sein.

Unser Genosse in „Grütliauer“ spricht nun die An-  
sicht aus, daß derartige Verbände nicht künftliche Gewerks-  
schaften sein sollten, sondern die obligatorischen Verbände sollten  
allmählich aus einer niederen Stufe der Organisation  
herauswachsen. Man müsse zuerst das Terrain studieren  
und dann nach und nach die Organisation an die Hand  
nehmen und fortbauen.

Wie er die Sachlage beurteilt, wäre es wohl das  
Möglichste, wenn für die einzelnen Industrie-  
zweige Sekretariate geschaffen würden,  
die vom Bund subventioniert und von  
den betreffenden Arbeiterchaft gewählt  
würden.

Es ist nicht wohl möglich, die Aufgaben, das Wesen  
und die Vortheile solcher Sekretariate in allen Einzel-  
heiten zu beschreiben. Die folgenden Erläuterungen  
dürften genügen, um hierüber ein einigermaßen klares  
Bild zu geben.

Diese Sekretariate hätten in erster Linie die Orga-  
nisation der Arbeiter der betreffenden Branchen, bei-  
spielsweise der Stickerei, an die Hand zu nehmen. Durch  
Agitationsversammlungen, Vorträge u. v. w. wären die  
Arbeiter aufzuklären und für die Organisation zu ge-  
winnen. Das Sekretariat hätte den Arbeitern mit Rath  
und That beisizuhelfen. Dasselbe wäre der natürliche  
Vertreter der Arbeiter bei Unterhandlungen mit der  
Arbeitsgeberchaft. Vermittelt statutarische Aufnahmen,  
durch eine feste Verbindung mit den Arbeitern, wäre  
das Sekretariat in den Stand gesetzt, die Lage derselben  
genau kennen zu lernen. Nothstände müßten nicht mehr  
erst entdeckt werden.

So würde ein werthvolles Material gesammelt zu  
Händen der Zentralstelle, nämlich des Schweizer  
Arbeitersekretariats, welches dadurch noch  
besser in den Stand gesetzt würde, der sozialen Orga-  
nisation werthvolle Kaufleute zu liefern. Von besonderem  
Werthe wäre es auch, wenn das Sekretariat mit den  
Arbeitern der gleichen Industrie im Auslande Ver-  
bindungen anknüpfen würde, damit in gewissen Fragen,  
wie Arbeitszeit, Lohn u. c., internationale Ab-  
machungen getroffen werden könnten. Nicht minder  
wichtig wäre die Durchführung eines rationellen, wenn  
möglich kostenfreien Arbeitsnachweises und die Schaffung  
von Jagdorganen.

Ein solches Sekretariat würde etwa aus zwei bis  
drei Personen bestehen, mindestens eine davon müßte  
selbst in der Branche gearbeitet haben. Die eigentliche  
Leitung des Verbandes könnte gleichwohl einem Zen-  
tralcomité überlassen werden, das auch Anspruch  
auf eine angemessene Entschädigung haben sollte. Die  
Mitglieder des Sekretariats wären bei den Beratungen  
des Zentralcomités ebenfalls stimmberechtigt.

Es ist nicht notwendig, daß die Berufsverbände  
die politische Thätigkeit in den Vordergrund stellen.  
Die berufliche Organisation rüht die Geister aus und  
führt indirekt in hohem Maße die politische Einsicht.  
Aber aber Politik mit gewerkschaftlichen, bzw. mit  
Berufsfragen zusammen gekoppelt, so ist das oft nur  
ein Hemmnis für die berufliche Organisation.

Die Vortheile der geschilderten Sekretariate liegen  
auf der Hand. Heute muß die Organisation von ab-  
hängigen Arbeitern geleitet werden. Diese ver-  
wenden für solche Arbeit ihre arg bemessene freie Zeit.  
Trotz allem Eifer kann ein durchschlagender Erfolg nicht  
erreicht werden, die Vorstände operiren u n d i e s Zeit  
und Gesundheit. Die abhängige Stellung zwingt die

Führer zu einer gewissen Reserve. Sie müssen zwei  
Dingen dienen, was immer unangenehme Folgen hat.  
Die ganz anders würde sich die Sache gestalten, wenn  
unabhängige Leute an der Spitze stehen würden, Leute,  
welche die ganze Kraft für die Organisation verwenden  
könnten, nicht bloß in der späten Abendstunde oder  
Sonntags dieser Arbeit obliegen könnten! Die un-  
abhängigen Leute fehlen, das ist der ärgste Hemm-  
nis für die Fortschritt.

Der Appell an den Staat ist durchaus gerechtfertigt,  
um so mehr, als der Staat so viel Unter-  
nehmervereine unterstützt; selbst für Konfession-  
nelle Korporationen ist er die mildegebende Stütze.

Wir sind auf die Industrie angewiesen und die Zu-  
kunft wird dem Fabrikbetriebe bei uns vermög der  
vielen Wasserkräfte, die auf elektrischem Wege in unge-  
mein mannigfaltiger Weise verwertet werden können,  
sehr günstig sein. Es ist gewiß nicht gleich-  
gültig, ob unsere Arbeiter geistig und  
körperlich herunterkommen. Vielmehr hat  
der Staat ein starkes Interesse daran, daß unsere Fabrik-  
arbeiter intelligent und kräftig bleiben. Desterreich be-  
schränkt die Arbeitszeit in den Fabriken aus Rücksichten  
auf die Arme, die Soldaten konnten nicht mehr in ge-  
nügender Zahl ausgehoben werden. Rücksichten auf die  
Wohlfahrt zwingen die Schweizer, auf die  
Industrie ein weitaus geringeres Augen zu haben und mit ver-  
hältnismäßig kleinen Summen kann schon viel erreicht  
werden.

Die freiwillige Thätigkeit allein würde, wenn sie  
überhaupt von Erfolg begleitet wäre, allzulange Zeit  
in Anspruch nehmen und erst nichts Rechtes ergeben.  
Einen Aufschub bildet die Angelegenheit nicht, je-  
doch die Organisation an die Hand genommen wird,  
desto besser ist es.

Die Sozialisten betrachten die allgemeine Orga-  
nisation der Arbeiter als eine unerläßliche Vorbereitung  
zum Uebergang vom kapitalistischen zum sozialistischen  
Produktionssystem. Der sozialistische Staat kann gewiß  
nicht von heute auf morgen eingeführt werden und die  
sozialistische Produktionsform wird nur nach und nach  
in immer größerem Umfange die kapitalistische ersetzen.  
Der Frühling rückt auch nicht mit seiner ganzen Blüten-  
pracht auf einmal heran.

Situationsberichte.

Maurer.

Zwickau. Einen theilweise sehr bewegten, aber  
dennoch betriebenen Verlauf nahm eine am 9. April  
im Restaurant „Belvedere“ unter Leitung der Herren  
P e t s c h e und W a h l m e i s t e r abgehaltene, mäßig  
besuchte öffentliche Versammlung aller gewerkschaftlich  
organisirten Arbeiter Zwickaus, in welcher Herr C e d-  
f e i n über den vom 14. bis 18. März in Halberstadt  
abgehaltenen Gewerkschaftskongress referirte. In der  
ihm eigenen äußerst beredten und überzeugenden Weise  
verstand es der in der Gewerkschaftsbewegung ergrante  
Referent, die Versammlung von Anfang bis zu Ende zu  
festeln. Er schilderte in ausführlichster Weise den Ver-  
lauf und die Debatten des kongresses, verlas die von  
demselben gefaßten Beschlüsse und Resolutionen (über  
die ja zu gegebener Zeit schon ausführlich in diesem  
Blatte berichtet worden ist) und sprach die feste Er-  
wartung aus, die Arbeiter Zwickaus möchten die kongress-  
beschlüsse zu den ihrigen machen und im Sinne derselben  
wirken und schaffen. Nachdem der Referent unter dem  
Bemerkung dem Beschlusse geendet, wurde in die Diskussion über den  
Vortrag eingetreten. Zunächst bekämpfte Köpfer R e i c h e r  
den Plan der Ausführungen des Referenten und die Be-  
schlüsse des kongresses. Redner erwartete im Gegenthat  
zu diesen beiden alles Heil für die Gewerkschaftsbewegung  
nicht von der Zentral- sondern von der Lokal-Organisa-  
tion. Seine von zahlreichen Zwickauerinnen unter-  
brochenen Ausführungen forderten nur die ganzen, völlig  
haltlosen Angriffe und Beschuldigungen gegen die deutsche  
Generalcommission und die Zentralorganisationen zu  
Tage, mit denen in unzulässiger Weise schon die  
Vertreter der Lokalorganisation den Halberstädter  
kongress gelangweilt und belästigt hatten. Nachdem der  
Referent und Metallarbeiter S t e i n t u h t die Angriffe  
des Vorredners gehörend zurückgewiesen hatten, nahm  
das Wort Köpfer B e y e r, um eben so wie sein Kollege  
R e i c h e r die Erfolge des kongresses und der centrali-  
sireten Gewerkschaften hervorzuheben und für lokale  
Organisation zu agitiren. Die Herren P e t s c h e und  
B e r g e r, sowie noch zwei folgende Redner traten hier-  
auf entschieden für zwei eingegangene Resolutionen, die  
sich mit den kongressbeschlüssen einverstanden erklärten,  
ein. Der Vorsitzende ermahnte die noch eingezogenen  
Redner, der vorgeschrittenen Zeit halber und da der  
überwiegende Beirath das Bureau schon darauf auf-  
merksam gemacht hatte, daß die Versammlung keinesfalls  
länger als bis 12 Uhr tagen dürfe, sich recht kurz zu  
fassen, damit der Zweck der Versammlung nicht bereitet  
wird. Nichtsdestoweniger erging sich Köpfer R e i c h e r  
abermals in etwas langandauernden, wiederholten und un-  
motivirten Angriffen auf Referenten und kongress, so daß  
ihn, nachdem sich der Unwille der Versammlung zu  
stärkster Unruhe gesteigert und der überwiegende Be-  
irthe mit Auflösung gedroht hatte, vom Vorsitzenden  
unter lebhafter Zustimmung der Versammelten das Wort  
entzogen wurde, was natürlich wieder einen vergeblichen  
Unterstützungsuruf des sich vergeblich glaubenden  
Redners und seines geringen Anhangs hervorrief. Die  
Versammlung nahm jedoch mit überwiegender Majorität  
die Resolution des Herrn S t e i n t u h t, des Sinnes,  
daß den kongressbeschlüssen zugestimmt und versprochen  
wird, in ihrem Sinne zu wirken. Auch ein Antrag des  
Herrn F e d r i g, eine Gewerkschaftskartellcommission  
für Zwickau zu wählen, die sich mit Agitation, Statistik,  
Verbergsweesen u. c. zu befassen hat, fand Annahme und  
wurde sogleich von jeder anwesenden Gewerkschaft je  
zwei Vertreter vorgeschlagen und von der Versammlung  
gewählt, insgesamt 16 Personen; es werden aber noch  
von den nicht anwesenden Gewerkschaften, so von den

Bergarbeitern, Vertreter nachzuwählen sein. Nach einem  
zündenden Schlußwort des Referenten schloß der Vor-  
sitzende mit einem allseitig zugestimmten Hoch auf die  
internationale Arbeiterbewegung um 12 Uhr die Versamm-  
lung. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß die  
Beschlüsse dieser Versammlung, wenn auch aus dem Verlauf  
derselben mitunter die Thatsache wahrzunehmen war, daß es  
Manchem nicht so recht nach Wunsch ging, was nun  
aber leider einmal nicht zu ändern ist, für die fernere  
Gewerkschaftsbewegung Zwickaus bahnbrechend und aus-  
bringend sein werden.

Zürich. Am 7. Mai, Abends 8 Uhr, tagte eine  
Mitglieder-Versammlung der hiesigen Bahnhofs des Zentral-  
Verbandes der Maurer Deutschlands. Dieselbe war  
jedoch leider so schwach besucht, daß in eine Verhand-  
lung der Tagesordnung nicht eingegangen werden konnte.  
Nachdem die wenigen Erschienenen die Beiträge entrichtet  
und sich sechs neue Mitglieder hatten aufnehmen lassen,  
ermahnte der Bevollmächtigte die Anwesenden, dafür zu  
sorgen, daß die nächste Versammlung besser besucht werde;  
auch seien die Beiträge regelmäßig zu bezahlen, wer  
dieses nicht thue, dem werde auch das Sachblatt nicht  
mehr zugestellt werden. Es müßte doch Jedem klar sein,  
daß die Unternehmervereinigung besonders stark gewor-  
den und es daher unsere Pflicht sei, wenn wir etwas  
erreichen wollten, ebenfalls einer starken Organisation  
die Wege zu bahnen. Hierauf erfolgte Schluß der Ver-  
sammlung.

Leitende. Am Sonntag, den 8. Mai, fand  
im Döppler'schen-Saale eine öffentliche Maurer-Versamm-  
lung statt mit der Tagesordnung: Organisation und  
Verchiedenes, in welcher sich auch endlich einmal zwanzig  
Kollegen eingefunden hatten. Als Referent war Kollege  
S i l b e r s c h m i d t aus Berlin erschienen und erhielt  
derselbe nach Eröffnung der Versammlung zu seinem  
Vortrage das Wort. Er führte in feiner Rede die Ent-  
wickelung der Arbeiterbewegung in einer Jedem verständ-  
lichen Weise an. Wo immer die Arbeiter von dem  
Unternehmertum Vorthelle für sich erlangen, sei dieses  
nur durch gemeinsames Vorgehen möglich gewesen. Eine  
Diskussion fand nicht statt, sondern die Versammlung  
wurde um 7 1/2 Uhr geschlossen. Es steht zu erwarten,  
daß durch den gebieten Vortrag die Kollegen zu der  
Ueberzeugung gekommen sind, den Zentral-Verband der  
Maurer Deutschlands hochzuhalten und besser wie bis-  
her für denselben zu agitiren. Es ist dieses auch wohl  
wenig, denn der Lohn wird von Woche zu Woche  
herabgesetzt. Darum schaaren wir uns zusammen,  
denn vereinzelt vermögen wir Nichts, vereint Alles.

Hetzelen. Am Sonnabend, den 7. Mai, Abends  
8 Uhr, fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der  
hiesigen Bahnhofs des Zentral-Verbandes der Maurer  
Deutschlands statt mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme  
neuer Mitglieder und Erhebung der Beiträge. 2. Die  
Prostitution, ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Ver-  
kämpfung. 3. Verchiedenes. Nachdem einige neue Mit-  
glieder aufgenommen und die Beiträge erhoben waren,  
ertheilte der Bevollmächtigte zum zweiten Punkt der  
Tagesordnung Herrn J o h. S t a n i n g l aus Ham-  
burg das Wort. Derselbe schilderte an der Hand reich  
statistischer Materials die Ursachen der Prostitution und  
ihre Begleiterscheinungen. Er kam zu dem Ergebnis,  
daß dieselbe in der heutigen privatkapitalistischen Ge-  
sellschaftsordnung ihre feste Wurzel habe und auch  
nur mit dieser verschwinden werde. Es sei deshalb  
Pflicht aller denkenden Arbeiter, die indifferente Masse  
zu der Arbeiterbewegung herauszurufen, damit bald  
bessere Zustände geschaffen würden. Im Punkt Ver-  
chiedenes wurde für einen aus der Lohnkommission  
ausgehenden Kollegen ein anderer gewählt. Abdann  
wurde noch vom Bevollmächtigten das Verhalten einiger  
Kollegen, die den Lohn nicht innehalten, getadelt.  
Wenn hier nämlich über einen halben Kilometer außer-  
halb der Stadt gearbeitet wird, so wird der Weg zur  
Arbeit in der Arbeitszeit gemacht. Dieses ist von eini-  
gen Kollegen nicht beachtet worden, indem sie schon um  
sechs Uhr angefangen haben zu arbeiten. Es sprach sich  
noch mehrere Kollegen im Sinne des Bevollmächtigten  
aus, daß es unbedingt notwendig und Pflicht eines  
jeden Kollegen sei, nach dem Lohn zu arbeiten.  
Abdann forderte der Bevollmächtigte die Kollegen noch  
auch, auch zur nächsten Versammlung recht zahlreich zu  
erscheinen, da dann mit auf die Tagesordnung gesetzt  
würde: „Wie verhalten wir uns zu unserm Stützungs-  
fest?“ Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Ver-  
sammlung.

Lauenburg a. d. Elbe. Am Sonntag, den 8. Mai,  
Nachmittags 3 1/2 Uhr, fand eine Mitglieder-Versammlung  
der hiesigen Bahnhofs des Zentral-Verbandes der Maurer  
Deutschlands statt. Ueber die gegenwärtige Lage des  
Lohnkampfes erstattete der Bevollmächtigte Bericht. Er  
führte aus, daß der Kampf für die Gesellen ein immer  
schwierigerer würde, da die Meister kein Mittel scheuten,  
um zu ihrem Ziele zu gelangen. Auch das hierorts  
erscheinende Wirtelblättchen, genannt „Lauenburgische  
Landeszeitung“, habe sich in den Dienst der Meister  
gestellt; es habe geschrieben, der Streik sei zu Ungunsten  
der Gesellen beendet. Durch das Verhalten dieses Blattes  
würden aber doch wohl die Arbeiter, welche dasselbe noch  
bisher durch Abonnement unterstützt und gelesen, zu der  
Ansicht kommen, daß dasselbe die Interessen der Arbeiter  
nicht vertritt und es fernherhin nicht mehr lesen. Das  
sei auch ein Erfolg, den sich das Blatt habe gewiß nicht  
träumen lassen. Redner ermahnte dann, sich nicht von  
geistig verkommenen Individuen provoziren zu lassen,  
damit den Behörden kein Anlaß zum Einschreiten gegeben  
werde. Er rügte Johann das Verhalten eines Zünungs-  
meisters, welcher, als er von dem Dampfmaschinenlandungs-  
plage ein mit dem Dampf angekommenes Exemplar  
von Streikbrechern abholte, sich in die Brust warf und  
zwei Kollegen gegenüber äußerte: „Wir wollen doch mal  
sehen, wer der Stärkste ist!“ Das Verhalten jenes Herrn  
zeuge eben von wenig Bildung, umso mehr sei es Pflicht  
der Gesellen, die Waage aufrecht zu erhalten. Aber es  
sei auch notwendig, fest zur Organisation zu halten,  
denn sonst würde der Einzelne zum Spielball des Unter-  
nehmertums werden. Wenn Alle wie bisher treu zur



Frähe hielten, keine Opfer scheuten und alle gefeklichen Mittel zur Anwendung gebracht würden; dann könne der Sieg nicht ausbleiben. Kollege B o h n h a r d t regte noch an, die jüngeren Kameraden müßten jedoch wie möglich abreißen, indem uns dadurch der Kampf erleichtert werde. Im Punkt 'Verchiedenes' machte der Bevollmächtigte bekannt, daß wir einen Streikbrecher zu verzeichnen hätten. Bis dato sei er krank gewesen, denn sonst wäre er Bekterer wohl schon eher geworden. Es sei ein geistig abgestumpfter Mensch, der unserer Organisation immer Unannehmlichkeiten gemacht habe. Er wurde einstimmig ausgeschlossen. Der Bevollmächtigte erwähnte, noch strenge Disziplin innerhalb der Kontrolle zu üben und sich streng an die Beschlüsse, betreffend die zu beobachtende Taktik im partiellen Streik, zu halten. Abhandlung wurde von G r a d e s t e n s t a t t e r, daß uns vom Festomitee der diesjährigen Waisfeier M. 20 überweisen seien; es wurde dieser der Streikkommission überwie sen. Nach Regelung einiger innerer Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf das Gedeihen der guten Sache um 5 1/2 Uhr vom Bevollmächtigten geschlossen. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den Zuzug nach hier streng fernzuhalten.

**Bergedorf.** Am Sonntag, den 8. Mai, hielt die hiesige Bahlsstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: ab: 1. Entrichtung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Gründung eines Generalfonds. 3. Fragekasten. 4. Anträge zur Tagesordnung der nächsten Versammlung. Nachdem die Beiträge erhoben und 4 neue Mitglieder aufgenommen waren, wurde im zweiten Punkt beschlossen, monatlich 20 M für den Generalfonds der Maurer Bergedorfs und Umgebung zu zahlen und außerdem freiwillige Beiträge nach Belieben zu entrichten, wofür in beiden Fällen Marken einzuliefern sind. Es wurde von dem Bevollmächtigten K o c h hervorgehoben, daß es eine Ehre für die Mitglieder sein müßte, wenn sie in ihrem Buche recht viele Marken aufweisen könnten. Im dritten Punkt wurde ein Antrag, ein Herbergschild machen zu lassen, welches die Summe von M. 12 nicht übersteigt, von der Versammlung angenommen. Der Antrag, ein Sommervergnügen in einem nahegelegenen Orte abzuhalten, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt und soll mit auf die Tagesordnung gesetzt werden. Schluß 6 1/2 Uhr.

**König a. Rh.** Am Mittwoch, den 11. Mai, fand hier eine öffentliche Maurerverammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Arbeitsordnung der hiesigen Maurer- und Steinmetzmeister und Stellungnahme zu derselben. 2. Verchiedenes. Kollege S o l z referierte und legte klar, daß Hunderte von Maurern garnicht wüßten, was sie unterrichten hätten. Er betonte, daß es jetzt zu spät sei, da die Arbeitsordnung schon am 31. März 1892 vom Polizeipräsidenten unterschrieben, weil innerhalb 4 Wochen kein Widerspruch erfolgt sei. Kollege F r a n z e n sprach sich im gleichen Sinne aus und stellte zu gleicher Zeit den Antrag, ein Flugblatt auszuarbeiten und dasselbe in der Umgebung zu verteilen, in welchem die Maurer speziell auf die Arbeitsordnung aufmerksam gemacht und aufgefordert werden, sich dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anzuschließen. Der Antrag wurde angenommen und zur Ausarbeitung des Flugblattes eine Kommission von fünf Personen gewählt, die auch zu gleicher Zeit den Auftrag hat, die Bauten zu revidieren und solche, auf denen nicht für genügende Abdeckung der Balkenlagen u. geortet ist, der Polizeibehörde zur Anzeige zu bringen. Ferner kam die Masteier von Hamburg zur Sprache und wurden die handgreiflichen Vögen der gegnerischen Presse recht scharf kritisiert.

**Berlin.** Eine Mitgliederversammlung der Bahlsstelle I. des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verw. Berufsgenossen, Puzer Berlins und Umgegend, fand am 8. April statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal 1893. Diefelbe ergab einen Bestand von M. 176,86, und zwar verteilt sich die Summe wie folgt: a) für die örtliche Verwaltung M. 55,49; b) für die Unterhaltungs-Kommission M. 109,60; diese Summe ergiebt sich daraus, daß sämtliche Mitglieder pro Monat an Beitrag 50 M zahlen, mithin verbleibt in den Monaten zu 4 Wochen ein Betrag von 10 M pro Mitglied; c) für die Zentralkasse M. 7,77. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde auf ihren Antrag dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung waren von Seiten der Verwaltung zwei Anträge gestellt, der erste betraf die nächste Mitgliederversammlung, weil dieselbe auf den 1. Pfingsttag fällt; es wurde beschlossen, dieselbe am 29. Matagen zu lassen. Der zweite betraf das Stiftungsfest und ging dahin, dasselbe mit der Bahlsstelle II zusammen abzuhalten. Diefelbe wurde einstimmig angenommen und wurde bestimmt, dasselbe Sonnabend, den 9. Juli, in der Palenkaube bei Riems abzuhalten; die Arrangements wurden dem beiderseitigen Festomitee überlassen. Der zum dritten Punkt der Tagesordnung angeblagte Vortrag des Kollegen J. S c h u l z, welcher über die frühere und jetzige Gewerkschaftsbewegung sprechen sollte, wurde wegen vorgedachter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Infolge mehrerer Beschwerden wegen Nichterhaltens des 'Grundstein' legte Kollege J. G r a d e s t e n s t a t t e r als Beschwerdekommissions-Mitglied nieder, erklärend, er habe sich viel Mühe gegeben und auch Geld verfahren, Alles habe aber nichts genützt; der ganze Apparat sei zu umständlich, es müsse auf andere Weise Remedur geschaffen werden. Kollege D a h n e meinte, wenn es vorzöme, daß jemand das Blatt drei Monate nicht erhalte, so habe lediglich das Mitglied selber die Schuld. Kollege R e u m a n n meinte, der Zentralredakteur müsse die Verantwortung im Südosten an nur einen Expediteur abgeben, dann würde es wohl besser werden, denn im Großen und Ganzen komme die Bimmelzeit doch dort nur vor. Kollege P e t r i d stellte den Antrag, zum 1. Juli die ganze Expedition der freien Vereinigung der Expediteure zu übergeben. Der Antrag wurde dem Vorstand zur

Begutachtung überwiesen und der Bevollmächtigte versprach, die Sache in die Hand zu nehmen. Zur Entgegennahme von Reden, welche sich an Stelle G r a d e s t e n s t a t t e r s Kollege P e t r i d, Lübbensstraße 7, I. Die Versammlung nahm alsdann noch den Dank zweier unterstützter Mitglieder entgegen und wies ein Unterhaltungsgeßuch an die Kommission. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Steinbeck.** Am 7. Mai tagte im Vereinslokale die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahlsstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Nachdem die Beiträge erhoben und sich zwei neue Mitglieder hatten aufnehmen lassen, wurde in den dritten Punkt der Tagesordnung, 'Die Arbeit hier am Orte', eingetreten. Das Mitglied F r y d r a u t, Schiffbock, hatte eine Vorlesung bekommen, weil er unter dem ortsüblichen Tarif arbeite und zwar für M. 3,50 den Tag. Diefelbe war jedoch nicht erschienen, und da allgemein die Ansicht laut wurde, daß solche Mitglieder, die für jeden Lohn, der ihnen geboten wird, arbeiten, und auf Einladung nicht einmal in den Versammlungen erscheinen; um über ihr Verhalten Nachenschaft zu geben, der Organisation wenig nützen könnten, derselben vielmehr im höchsten Grade schädlich seien, wurde sein Ausschluss aus dem Verbands einstimmig beschlossen. Da nichts weiter vorlag, wurde die Versammlung geschlossen. Den Mitgliedern wurde zur Verächtigung, daß nicht, wie irtümlich im letzten Versammlungsbericht stand, das Mitglied V i r ausgeschlossen ist, sondern O u s t a f W i r d, Schiffbock.

**Stolz.** Die am 1. d. M. stattgefundene Mitgliederversammlung der hiesigen Bahlsstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. war wie in der Regel wieder schwach besucht. Obgleich der Winter schon längst vorbei ist, liegen doch die meisten Kollegen noch im Winterdickicht, woraus sie schwer zu erwecken sind. Sie kommen auch selten zur Versammlung und meinen ganz dreist, sie haben ihrer vollständige Pflicht nicht, wenn sie alle zwei, drei Monate kommen und ihre Beiträge zahlen. Kollegen von Stolz und Umgegend, nehmt es Euch zu Herzen; es genügt nicht, daß Ihr als Mitglieder des Zentralverbandes Eure Beiträge bezahlt, nein, Ihr müßt auch in die Versammlungen kommen. Es haben sich zwar drei Kollegen wieder aufnehmen lassen, aber diese Zahl genügt nicht. Alle müssen Mitglieder sein und Alle haben in der Versammlung zu erscheinen.

**Prece.** Die am 1. Mai abgehaltene Mitgliederversammlung der hiesigen Bahlsstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. war nur schwach besucht. Es dürfte dieses keinen Grund wohl darin haben, daß die regelmäßigen Versammlungen für gewöhnlich den zweiten Sonntag im Monat abgehalten werden und die Mitglieder diese einmalige Abweichung nicht in der Bekannmachung des 'Grundstein' gesehen hatten. Nachdem die Kassierenscheine, erledigt und 2 neue Mitglieder aufgenommen waren, meldete sich ein Kollege im Punkt 'Innere Verbandsangelegenheiten' zum Wort und führte aus, daß er hier am Orte seine Arbeit erhalten könne und daß er dort, wo er bisher gearbeitet, 30 M Lohn pro Tag weniger erhalten habe; er beantrage deshalb, in Erwägung zu ziehen, ob er nicht mit weniger Beitrag freikommen könne. Die Versammlung beschloß, den Kollegen diefelbe Beitragleistung wie früher zahlen zu lassen. Im Punkt 'Verchiedenes' führte ein Kollege an, daß ein Meister am hiesigen Orte sich mit den Gesellen auf dem Bau strügle. Es sei das traurig und verdienende den schärfsten Tadel; er beantrage, dieses im 'Grundstein' zu veröffentlichen, damit die auswärtigen Kollegen ein Bild von den hiesigen Verhältnissen bekommen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung um 10 Uhr durch den Bevollmächtigten mit einem dreifachen Hoch auf den Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und die Arbeiterbewegung geschlossen.

**Leipzig.** Hier fand am 6. Mai eine öffentliche Maurerverammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Kritik und ihre Folgen. 2. Abrechnung über das Vermögen des im Jahre 1887 zeitlich aufgelösten Fachvereins der Maurer. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Schneidermeister A l b r e c h t aus Halle. Diefelbe führte folgendes aus: Es liegt nicht an der Zeit, daß der Arbeiter so unendlich schwer zu leiden hat, denn solche Perioden, wie die jetzige, kamen gleichfalls im Mittelalter vor, nur hatten dieselben andere Ursachen als die heutigen; in der Jetztzeit werden dieselben durch das bestehende Wirtschaftssystem erzeugt. Die Produktion von Waren ist hier Spekulation unterworfen, da von Geheles wegen eine Regelung der Produktion nicht besteht. In bedauern ist, daß in solchen Perioden ein großer Teil der Arbeiter zum Scharmerg wird und jeden Fußtritt der Unternehmer ohne Wutren entgegen nimmt. Die bestehende Wirtschaftsweise bedingt solche Krisen. Veruchen die Arbeiter, sich zu organisieren und auf dieses Wirtschaftssystem Einfluß zu gewinnen, das heißt, durch Verkürzung der Arbeitszeit die auf der Landstraße sich befindlichen Arbeiter in ihre Krisen aufzunehmen, so ist dieses den Arbeitern eben unmöglich; indem das Kapital härter ist als die Arbeiter. Das zeigt uns zunächst die Verteilung von Grund und Boden. Da besitzen zum Beispiel einige Pflügen über hunderttausend Ader Land, ebenso verhält es sich mit dem Kapital. Dasselbe kommt mehr und mehr in weniger Hände, daher das Verschwinden der bürgerlichen Gesellschaft, des Mittelstandes und namentlich des Kleinhandwerkers. Die jetzt herrschende Gesellschaft hat keine Mittel, solche Krisen zu verhindern. Die gegebenen Geistes (Sozial-Reformen) sind am allerwenigsten dazu geeignet, ja man könnte fast sagen, daß dieselben mit dem Ruin des Kleinhandwerkers beitragen, indem sich dasselbe schenkt, wegen der Verantwörtlichkeit Arbeiter einzustellen. Zu beklagen haben es die Arbeiter allerdings nicht, wenn das Kleinhandwerk zu Grunde geht, denn dasselbe war bis jetzt nur ein Vermittler für die Arbeiterbewegung. So wie es die Sozial-Reform nicht vermochte, den Arbeitern eine bessere Wohnsicherung zu schaffen, ebensowenig wird dieses die neue Gewerbenovelle zu thun im Stande sein.

Grade das Notwendigste, einen Maximal-Arbeitsstag festzusetzen, ist nicht gechehen. Es herrscht in Bezug auf die Produktion die reine Anarchie. Jeder läßt so lange arbeiten, als es ihm beliebt. Es wäre fast besser gewesen, wenn Feinereit der Vorschlag Bismarck's, einer vierzehntägigen Arbeitszeit zu schaffen, Annahme gefunden hätte. Denn in verschiedenen Gewerken wird heute noch 16 bis 18 Stunden und noch länger gearbeitet. Solche Arbeitsstände müssen beseitigt werden, daher die Förderung des achtsündigen Arbeitstages. Wir sind überzeugt, daß zwar durch die Einführung desselben nicht alle Noth beseitigt, aber doch vermindert wird. Eine weitere Ursache, solche Krisen hervorzurufen, sei die Aufrechterhaltung der bestehenden Heere; die verschiedenen Nationen sind bis an die Zähne bewaffnet und sucht eine die andere zu vernichten. Reigen sich in anderen Fällen die Zustände laut, so ist die herrschende Klasse gleich bei der Hand, Gesetze zu schaffen, welche die Arbeit, als das Fundament, das Fundament, weichen lassen, beseitigen sollen. Wenn die Arbeiter solche Schwach der menschlichen Gesellschaft durch andere wirtschaftliche Einrichtungen zu beseitigen suchen, so wird die Aufrechterhaltung von jener Seite befürwortet. Soll überhaupt alles die Menschheit bedrückende beseitigt werden, so bedarf es der Beseitigung des privaten Kapitals. Und das muß die Aufgabe der Arbeiter sein, welche fortgesetzt für den Ausbau ihrer politischen sowie gewerkschaftlichen Organisation bestrebt sein müssen. Zum zweiten Punkt berichtete der Kollege B e y e r, welchem im Jahre 1887 die Verwaltung des Vermögens übertragen war, mit der Bestimmung, dasselbe zu Arbeiterzwecken zu verwenden.

Der Bestand war am 8. November 1887	M. 8907,31
Zinsen	202,20
Summa	M. 9199,51
Die Ausgabe verteilte sich wie folgt:	
An die sozialdemokratische Partei in Staatspapieren; Nominalwert	M. 7500, Kours-wert
	M. 8007,21
An den Kollegen K l a r e, Kassierer des aufgelösten Vereins laut Versammlungsbeschluss	50,-
Für den in der Schweiz erschienenen 'Acht-hunderttag'	100,-
Für Rechtsanwaltskosten	103,-
Zu Interesse der Gewerkschaftsbewegung verwendet	318,77
Zuschüsse zum Vertriebe des Fachblattes am Orte	102,03
Für Porto und Schreibmaterial	1,27
Für Verwaltungskosten	17,20
Summa	M. 8694,48

verbleibt somit ein Kassenbestand von M. 605,03. Von den Revisoren des Unterhaltungs-fonds wurde das Vermögen im Laufe der Jahre jederzeit mit revidiert und die Ausgaben, als im Sinne der Maurer verwendet, anerkannt. Ein Antrag, die Abrechnung von zwei Kollegen revidieren zu lassen, fand keine genügende Unterstützung. Die Versammlung hielt es nicht für notwendig, nochmals Revision vorzunehmen, indem vom Kollegen J a c o b, als Revisor, die Wichtigkeit der Abrechnung bestritten wurde. Nachdem noch vom Kollegen B e y e r zum Beitritt in den Verband aufgefordert, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Nordhausen.** Am 7. Mai hielt die hiesige Bahlsstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Versammlung ab, in welcher zunächst die Beiträge erhoben wurden, bei welcher Gelegenheit ein durch Zahlungsausfall ausgetretenes Mitglied seine Beiträge nachgabte und somit in die Reihen der Mitglieder wieder eintrat. Ein Kollege vom Lande ließ sich aufnehmen. Sodann hielt Herr S t a g e einen Vortrag über 'Der Niedergang des Handwerks'. Diefelbe entledigte sich seiner Aufgabe unter großem Beifall der Versammlung. Hierauf wurde beschlossen, die Mitglieder sind verpflichtet, zur nächsten Versammlung ihre finanziellen Bücher mitzubringen. Der Stand unserer Bahlsstelle ist ein guter zu nennen, wir schreiten rüstig vorwärts, es lassen sich immer mehr neue Mitglieder aufnehmen und sogar die Kollegen vom Lande kommen zur Gemisheit. Aber dennoch muß es uns von Bestreben sein, immer mehr neue Kräfte für unsere gerechte Sache zu gewinnen und durch gutes Zusammenhalten den in-differenter Arbeiter mit gutem Beispiele voranzugehen. Darum auf, Kollegen, immer weiter agitiert, besonders auf dem Lande, denn der 1. Mai hat uns gezeigt, daß wir auch hier eine Macht sind.

**Hamburg.** In der am 5. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Bahlsstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands forderte nach Eröffnung derselben der Bevollmächtigte diejenigen Mitglieder, welche am 1. Mai ihre Wohnung verändert haben, auf, ihre Adressen der Verwaltung mitzuteilen, damit ihnen der 'Grundstein' zugesandt werden könne. Dann erteilte er mit, daß unsere Versammlung am nächsten Donnerstag ausfällt. Zur Geschäftsordnung erhält alsdann F a r t w i g das Wort. Diefelbe fordert den Herrn J. K., welcher mit der Briefkastennotiz in Nr. 18 des 'Grundstein' gemeint ist, auf, sich öffentlich zu melden, damit keine Unschuldigen in Verdacht gerathen. Sollte Diefelbe jedoch nicht anwesend sein, so ersuche er S t a n i n g l, den Betreffenden zu nennen, was dieser aber verweigert. Darauf erklärte F a r t w i g, daß er nicht an eine zweite Person glaube, sondern der Ueberzeugung sei, daß dieses auf der Redaktion hinter den Kousilien entstanden sei. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer die Abrechnung, welche die Einnahme von M. 1126,26 und eine Ausgabe in gleicher Höhe aufzuweisen hatte. Zum zweiten Punkt 'Statistische Erhebungen und unsere Statistik vom vorigen Jahre', verlas der Bevollmächtigte die Zusammenstellungen der Kommission, welche sich folgenpfermaßen gestalten. Es sind im Ganzen 568 Blätter eingeleistet worden; davon waren 562 brauchbar. Das Alter dieser 562 Mitglieder betrug insgesamt 18 940 Jahre, durchschnittlich 33,7. Verheirathet waren 401 mit einer Kinderzahl von 661;



im Durchschnitt 212. Ledig waren 161. Erbschaftssteuer nicht ortsanfällig 154. Die Zahl der Arbeitgeber betrug 1798. Der Stundenlohn betrug 70 und 75 1/2. Der Gesamttagelohn betrug sich auf M. 696 832 76, durchschnittlich M. 1061 98. In Wifford wurden M. 18 301 02 verdient, durchschnittlich M. 82 57. Der Gesamtverdienst an Wifford- und Tagelohn beläuft sich somit auf M. 615 136 98, das macht für den Einzelnen M. 1094 55 pro Jahr, täglich also M. 4 85. In acht Fällen trugen die Frauen mit M. 1688 zum Unterhalte der Familie bei und in elf Fällen die Kinder mit M. 2736 80. Die Gesamtmitröhe betrug 1890 M. 137 262 80, im Durchschnitt M. 254, eine Steigerung für den Einzelnen um M. 9 76. Gefeierte wurden wegen Arbeitsmangel 82 726 Stunden, durchschnittlich 147 2, wegen ungenügender Witterung 91 718 Stunden, durchschnittlich 163 2; wegen Krankheit 27 740 Stunden, durchschnittlich 49 05. Die Krankheitsfreiheit betrug in einem Falle 14 Tage; in allen anderen Fällen war eine solche auszufüllen. Wegen plötzlicher Entlassung wurden fünf Kollegen flagrant; des Stundenlohnes wegen drei, wegen Wiffordgeldes 17. Davon sind acht Fälle noch unentschieden. Die Gesamtanforderungen wurden durch richterliche Entscheidung um M. 279 28 gekürzt. Einer zentralisirten freien Hälfstkrankenliste gehörten 374 an, einer freien lokalen 141, einer Krankenkasse 2, mehreren zugleich 4. Keine Angaben über Krankentafeln gemacht haben 41 Kollegen. Der Bevollmächtigte bemerkt hierzu, daß diese Erhebungen nur für 9 Monate aufgestellt (vom 1. Januar bis einschließl. September 1891), und da nur ein winzig kleiner Theil der Mitglieder sich daran betheiligt habe, dieselbe einen Schluß auf die wirkliche Lage der hiesigen Maurer kaum zulasse. Immerhin beweise aber diese Aufstellung, die größtentheils noch von den besser stuitirten Kollegen gemacht sei, daß die hiesigen Verhältnisse als günstigste nicht zu bezeichnen seien. Um aber ein klares Bild zu bekommen, und damit die Statistik eine vollständige werde, müßten alle Mitglieder sich an den Erhebungen betheiligen. Darauf erstattete V u f Bericht vom Gewerkschaftsstarke! In Punkt 4: „Rechtschutzangelegenheit“, nahm die Versammlung ohne Debatte das von der Verwaltung ausgearbeitete Regulativ an. Da das Mitglied Sievers, welches zu dieser Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen war, sein Ansehen einbüßte, wurde die betreffende Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Im B a h war eingeladen, weil er einem Mitgliede den Wochenlohn nicht ausgezahlt hatte; derselbe war jedoch nicht erschienen und wurde daher die Verwaltung beauftragt, ihn nochmals einzuladen.

**Bremen.** Am 11. Mai, Abends 6 1/2 Uhr, fand in der Vereinshalle, Dillernstraße 1, die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Nachdem 10 neue Mitglieder in unseren Verband aufgenommen worden, legte der Kassierer Herr Denker die monatliche Rechnung vor, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Im „Verchiedenen“ wurde zuerst ein Schreiben der Witwe unseres verstorbenen Kameraden C M ä l l e r verlesen, in welchem sie für die für sie veranstaltete freiwillige Sammlung, welche einen Netto-Ertrag von M. 111 75 erbracht hatte, ihren innigen Dank aussprach. Ferner wurde eine Einladung der hiesigen Schneider zu ihrer am 22. Mai stattfindenden Fahnenweihe verlesen, worin gebeten wurde, der Feier mit unserer Fahne beizuwohnen. Diefem Ansuchen wurde von der Versammlung Folge gegeben. Ferner wurde bekannt, daß nun unser Verbands-Stiftungsfest zum 23. Juli festgelegt sei und für rege Betheiligung an demselben plaidirt. Noch wurde von mehreren Kollegen über Organisation und Agitation in längeren Ausführungen gesprochen und zum Schluß noch bekannt gemacht, daß am 25. Juni ein Ball zum Besten der hiesigen Maurerkassenkasse stattfinden und wurde für rege Betheiligung gesprochen. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

**Hannover.** In der am 10. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Hannover, sprach der erste Bevollmächtigte, Kollege G r o t h e, über „Das papierne Zeitalter“. Man nenne unser Zeitalter das papierne, und zwar weil das Papier eine Hauptrolle darin spielt. Uns ständen nun in der Literatur und Presse viele Papiere zur Verfügung, leider würden diese aber nicht genügend genutzt. Würde man mehr lesen, erlange man auch mehr Bildung. Unser Fachorgan, „Der Grundstein“, leiste Bedeutendes, es hätte uns manche Belehrung gegeben, aber viele Kollegen lägen lieber dem Studium des Wiffards ob, als daß sie den „Grundstein“ lesen. Als fernste Bekannte empfahl Redner die Schriften von Marx, Darwin, Hebel und Liebknecht. Auch das Buch von Langfabel, „Der Mensch und seine Rassen“, sei zu empfehlen. Denn man müsse auch den menschlichen Körper, sowie die Lebensmittel studiren, manche Krankheit könne hierdurch vermieden werden. Bei jeder Gelegenheit müsse man einen papierenen Nachpfeiler bringen, als Impulschein, Taufschein, Entlassungsschein usw., wie dieses nun zwingend verlangt werde, so solle man freiwillig darauf bedacht sein, sich wertvollere Papiere anzuschaffen. Man müsse solche Wäffer lesen, welche die Schäden der heutigen Gesellschaft aufdecken, welche dafür eintreten, daß die richtigen Vertreter in's Parlament entsendet werden; unsere Aufgabe müsse es sein, die Arbeiterpresse zu lesen und zu verbreiten. Ueber den zweiten Gegenstand der Tagesordnung sprach derselbe Redner. Nachdem Redner die Ursachen der Arbeitslosigkeit klargelegt, theilte er die Antwort der vor einigen Wochen an den Magistrat gerichteten Eingabe mit. Der Magistrat erklärte, die städtischen Arbeiten nicht in Regie ausführen zu lassen, indem dadurch das Produkt sich bedeutend vertheuere, sowie auch ein großes Aufsichtspersonal notwendig mache. Die Arbeiten sollen nur an tüchtige Meister vergeben werden, auch solle die Bauverwaltung darauf achten, daß ein bestimmter Lohn gezahlt würde. Hierauf theilte Kollege G r o t h e mit, daß zwei Kollegen von einem Unternehmer beim Kanal-

bau angestellt waren; als dieselben sich beim Paktier meldeten, bemerkt er ihnen die Arbeitsplätze, stellte aber gleich darauf sieben Kolen an, als dieselben sich dann bei einem Schachtmeister meldeten, um die Kohle zu legen, gab derselbe die Erklärung ab, hierzu brauche er keine Maurer, dieses machte Arbeiter. Kollege H e i n r i c h führte an, ihm sei mitgeteilt worden, es kämen jetzt Italiener, um die Straße an der Vangelauße unterirdisch auszuführen, da die Deutschen sich hierzu nicht eignen. Nachdem dann noch einige Fragen ihre Erledigung gefunden und das Komitee zu unserem ersten Sommerfeste ergänzt, erfolgte der Schluß.

**Binneberg.** Die Maurer und Bauarbeiter Binnebergs beschloffen in der am 8. Mai 1892 stattgefundenen Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Zahlstelle Binneberg, folgendes den Meistern zu unterbreiten: Der Lohn der Bauarbeiter beträgt pro Stunde 33 1/2. Ueberstunden und Sonntagsarbeit pro Stunde 48 1/2. Dieses wurde den Meistern zugelschickt, mit der Bemerkung, falls sie zum 13. Mai nicht unterzeichnen hätten, würde am Montag die Arbeit nicht wieder aufgenommen und die Maurer würden, falls die Meister andere Arbeiter einstellten, mit diesen nicht zusammen arbeiten und gleichfalls die Arbeit niederlegen. Das Bestrebe ist deshalb beschloffen worden, weil die Bauarbeiter allein nicht im Stande sind, ihre Forderung durchzuführen. Wir sind dazu verpflichtet, die Bauarbeiter thätig zu unterstützen, weil sie größtentheils Mitglieder des Verbandes sind. Im Laufe voriger Woche hatten sämtliche Meister, mit Ausnahme der Herren D ö r g e -Binneberg und H e s t e r -Kummerfeld, diese Forderung unterzeichnet. Es wurde deshalb bei D ö r g e am Montag die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Bei H e s t e r, welcher größtentheils nur solche Arbeiter beschäftigt, welche uns fern liegen, stellte nur ein Mitglied des Verbandes die Arbeit ein. Wir richten jetzt an alle Kollegen die Bitte, den Zugang fern zu halten und bei den beiden Meistern nicht eher in Arbeit zu treten, bis die Sache geregelt ist.

**Krankenkasse.** Am 10. Mai hielt die hiesige Verwaltungsstelle der Krankenkasse der Maurer usw. Grundstein zur Einigkeit eine Extraverammlung ab, in welcher Herr T h e m a über die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz und über die nötigen Schritte, welche zu thun sind, um unsere Kasse auch später lebensfähig zu halten, sprach. Redner führte verschiedene Paragraphen, welche günstig sowie auch ungünstig auf die Zukunft der Kassen wirken werden, an, und wies darauf hin, daß unsere Kasse wohl im Verhältnis zu anderen Krankenkassen die niedrigsten Beiträge erhebe und das höchste Krankengeld bezahle. Für die Zukunft sei es allerdings notwendig, daß die Beiträge erhöht und zur Erleichterung betreffs der Zahlung in wöchentliche umgeändert werden. Zum zweiten Punkt: „Delegirtenwahl zur Generalversammlung“, sprach Herr P a r t w i c h dahin aus, daß man sich darüber klar werden müsse, ob unsere Kasse liquidiren oder fortbestehen solle. Redner war der Ansicht, daß der Artikel in der Presse: „Das Todesurtheil der freien Kassen“, verfrüht war, und trat für Aufrechterhaltung der Kasse und unser Selbstbestimmungsrecht ein. Herr M e y e r hält die Delegirtenwahl für verfrüht, indem wir erst eine Vorlage haben müßten, um zu prüfen, unter welchen Bedingungen es wohl möglich sei, die Kasse aufrecht zu erhalten, seine Ansicht aber sei, daß Bestrebes wohl schwer halten werde. Herr B ö m e l b u r g führte an, daß das Fortbestehen der Kassen gleich sei einem Ertrinken, der sich an einen Strohhalm klammert. Das Verfahren der Presse sei forekret und auch die in Hamburg stattgefundenen Konferenzen hätte zu anderer Ansicht kommen müssen. Wir sollten lieber gleich liquidiren, da wir nach einigen Jahren doch dazu gezwungen sein würden. Des Weiteren würde es auch noch insofern zum Vortheil gereichen, daß wir in Zukunft einen Theil der politischen Agitatoren wieder in unserer Mitte sehen, die jetzt aus Kasseninteressen keine Zeit haben. Herr B i l l o w führte an, daß wir in Zukunft auch alle alten Maurer aufnehmen müssen, was der Kasse auch nicht zum Vortheil gereicht und sprach sich gegen die Delegirtenwahl in der heutigen Versammlung aus. Desgleichen sprachen sich noch die Herren S i t t e n s e l d und S c h n a r z gegen das Fortbestehen der Kasse aus. Zum Schluß führte Herr T h e m a an, daß wir es doch versuchen müßten, unter den neuen Verhältnissen zu existiren, zum Auflösen sei noch immer Zeit genug. Es wurde auf Antrag M e y e r die Delegirtenwahl vertagt, bis die neue Statutenvorlage fertiggestellt ist und der Versammlung vorgelegt werden kann. Zum zweiten Bevollmächtigten wurde Herr P a r t w i c h gewählt.

**Literarisch.** Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgarter, F. H. Dieb' Verlag) ist jorden das 33. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Feindlicher Willkürhungen. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. 1877—1885. Von F. A. S o r g e. — Aus den Erinnerungen eines Oewentlichen Agitatoren. — Die Hausindustrie in Persien. Von Dr. F. D a s h n e s t a. — Feuilleton: Die Vesting-Legende. Eine Rettung von Franz Weßring. (Fortsetzung.)

**„Sozialpolitisches Zentralblatt“.** (Herantgegeben von Dr. F e i n r i c h B r a u n, Verlag von F. G u t t e n t a g in Berlin.) Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 3. Einzelnummern 25 1/2. Erschienen ist Nr. 20.

**Briefkasten.** Binneberg, K. Ihr Bericht traf erst nach Schluß der Redaktion hier ein, daß derselbe noch aufgenommen werden konnte, ist einem besondern Zufall zu danken. Für die Zukunft wollen Sie darauf bedacht sein und

Ihre Briefe so rechtzeitig absenden, daß dieselben spätestens Montags Nachmittags in unseren Händen sind.

**Verweilt, A. B.** Wenn ein Arbeiter a u ß e r h a l b s e i n e s W o h n s t e l l e s regelmäßig arbeitet und in bestimmten Zwischenräumen, etwa allwöchentlich, nach dort zurückkehrt, so ist er an seinem A r b e i t s o r t e nicht zur Steuer heranzuziehen. Es bedarf bei etwaiger Aufforderung nur des Nachweises, daß er an seinem W o h n s t e l l e zur Steuer veranlagt ist und dieselbe dort bezahlt. Doppelbesteuerung kann nicht eintreten. Mithet man Ihnen solche zu, so müssen Sie sofort dagegen an zuständiger Stelle reklamiren. Der außerhalb seines Wohnortes Arbeitende hat dort sich nicht als B a g e z o g e n e r, sondern als F r e m d e r zu vorübergehendem Aufenthalt anzumelden.

**Herrford, F. H.** Im Falle der Gewährung freier Kur- und Verpflegung in einem Krankenhause steht nach § 5 Abs. 2 des Unfallversicherungsgesetz den Angehörigen des Verletzten die Rente inneweit zu, als sie auf dieselbe im Falle des Todes des Verletzten Anspruch haben würde (§ 8 des Gesetzes). Der Verletzte ist nicht ohne Weiteres verpflichtet, sich einer vom „Vertrauensarzt“ der Berufsgenossenschaft für gut befundenen Kur in einer Heilanstalt zu unterwerfen, denn er begründete Bedenken hat, daß die Kur nichts nütze, wohl gar seinen Zustand noch verschlimmern werde, wie das Gutachten das oft mit sich bringt. Einer Klage gegen eine solche Kur anordnende „Verfügung“ der Berufsgenossenschaft muß stattgegeben werden, zumal wenn selbst der Physikus erklärt, die elektrische Kur“ (die häufig nur Menschenquälerei ist), sei aussichtslos.

### Abrechnung

#### Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Drittes Quartal.

**Einnahme in den Zahlstellen.**

Kassenbestand vom zweiten Quartal	M. 1952,90
An Eintrittsgeldern	664,56
wöchentlichen Beiträgen	9674,—
Extra-Beiträgen	1089,40
sonstigen Einnahmen	28,92
Zufuß von der Hauptkasse	1120,90
Summa M.	14530,67

**Ausgabe in den Zahlstellen.**

An die Hauptkasse abgeandt	M. 5879,27
Für lokale Ausgaben	2865,59
Reisenunterstützung	3545,95
Rechtschutz	121,30
Unterstützung nach § 1 e	197,20
Prozente zu viel veraucht	55,13
Verlust durch die aufgelöste Zahlstelle Peine	4,85
Kassenbestand in den Zahlstellen	1861,48
Summa M.	14530,67

**Einnahme in der Hauptkasse.**

Kassenbestand vom zweiten Quartal	M. 608,09
An Eintrittsgeldern	7,—
wöchentlichen Beiträgen	58,40
Extra-Beiträgen	7,20
Geschenk vom Fachverein Bojensburg	20,—
Zinsen für belegte Gelder	74,30
Von der Bank gehoben	2000,—
Aus den Zahlstellen eingelandt	5879,27
Von Liegnitz	17,27
An sonstigen Einnahmen	45,—
Summa M.	8671,98

**Ausgabe der Hauptkasse.**

Druckfachen:	
4000 Adressverzeichnisse	M. 62,—
20 000 Bücher für statistische Erhebungen	350,—
200 Zirkulare	8,—
400 Legitimationskarten	14,—
300 Zirkulare betr. Abrechnung	4,50
1000 Kouberts mit Druck	8,—
300 000 Quittungsmarken	185,—
M.	631,50
Für Zahlstellenstempel nebst Zubehör	58,—
Bücher und Schreibmaterialien	3,80
das Fachorgan („Der Grundstein“)	
1. Quartal 1892	4508,55
Quartalsbeitrag an die Generalkommission	350,—
Beamtengehälter für drei Monate	960,—
Zufuß an örtliche Verwaltungsstellen	1120,90
Agitation	29,80
Bureaumiete	85,75
Vorstandsitzungen	45,50
Revision	52,10
Bureaureinigung und Feuerung	95,90
Buchbinderarbeiten	15,40
Delegation zum Gewerkschaftskongreß in Halberstadt	273,40
Feuerversicherung	8,25
Zeitungsubonnement und Verschiedenes	45,45
Porto:	
Bücher-Verband	M. 23,45
Briefporto und Kreuzbandsendungen	96,27
Statistische Bücher u. Plakate	9,60
Postgeld	7,50
Strasporto	8,60
Für Geldsendungen	10,20
M.	156,62
Summa M.	8489,92

**Bilanz.**

Einnahme	M. 8671,98
Ausgabe	8489,92
Kassenbestand	282,06



